

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Brunnengasse 7/8, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 3.50, frei ins Haus M. 3.90, wo keine Post am Orte M. 3.30.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserionsgebühren beträgt für die einpaltige Kolonelle oder deren Raum 80 Pf. Auswärtige Inserate 40 Pf. Topfpreise unter Text 1 Pf. Inzerate für Arbeitsmarkt 15 Pf. Auswärtige 25 Pf. Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 10 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 6 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mr. 60.

Breslau, Dienstag, den 12. März 1912.

23. Jahrgang.

## Ein europäischer Riesenstreik!

Der Millionenstreik der englischen Kohlengraber weckt ein donnerndes Echo bei den Bergleuten Mittel-Europas und die Kohlengraber aller wichtigen Bergbauländer schienen sich an ihre berechtigten Forderungen nach einer menschenwürdigen Existenz durch den größten Streik zur Anerkennung zu bringen, den die Welt je gesehen hat. Vor den britischen Inseln ist die Bewegung nach dem zu- und größten Kohlenbecken Europas übergesprungen, am gestrigen Sonntag haben fast hundert Versammlungen von Ruhrbergleuten den sofortigen Ausstand beschlossen, in Frankreich liegen die ersten Gruben still, in Belgien und Oesterreich gärt es ganz gewaltig und sogar in den russischen Kohlenbezirken ruft die Bewegung ein vernehmliches Echo nach. In unserer engeren Heimat Schlesien haben zunächst die drei oberschlesischen Verbände Lohnforderungen gestellt, deren Ablehnung auch hier zur Entzündung der Flamme führen muß und auch das niederschlesische Revier wird sich, wie untenstehende Meldungen besagen, kaum isolieren lassen.

Es scheint also, als ob wir vor einem wirtschaftlichen Kampfe stehen, wie ihn die Welt noch niemals sah, einen Kampf, der die Unentbehrlichkeit der Arbeiterklasse auch dem verstocktesten Gegner zu Gemüte führen wird.

### Nachstehend die ersten Einzelmeldungen:

#### Der Streik beschlossen!

**Herne (Westfalen), 11. März.** Die entscheidende Revierkonferenz, an der annähernd insgesamt 600 Bergarbeiter-Delegierte aus allen Teilen des Ruhrgebietes teilnahmen, fand am gestrigen Vormittag statt. Der Reichstagsabgeordnete Sachse, der Vorsitzende des Allen Bergarbeiterverbandes, leitete die Versammlung und berichtete über die einzelnen Phasen der Bewegung. Grundsätzliche Gegner des Streiks waren nicht vorhanden. Alle Redner vertraten entschieden die Meinung, daß der jetzige Augenblick für die Eröffnung des Kampfes günstiger als je sei. Nach fünfständiger mit großer Ruhe und Sachlichkeit geführter Debatte wurde zur Abstimmung geschritten. **507 Delegierte stimmten für den sofortigen Eintritt in den Streik.** 74 sprachen sich dagegen aus, zwei Stimmentzettel waren ungültig. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 10. März 1912 in Herne in Westfalen tagende, von den Delegierten der drei vereinigten Verbände beschickte Revierkonferenz ist mit dem Vorgehen der Vorstände dieser drei Verbände voll und ganz einverstanden. Sie ist einmütig dafür, daß diese auch von den christlichen Führern vollständig gutgeheißenen Forderungen mit allem Nachdruck einheitlich verfochten und zur Annahme gebracht werden sollen, was nach erfolgter Ablehnung seitens der Zechenherren nur durch den gesetzlich zulässigen Streik erfolgen kann. Selbst wenn einzelne Zechen die Arbeiterforderungen bewilligen sollten, so müßten ihre Belegschaften doch so lange den Streik fortsetzen, bis die Revierkonferenz entschieden hat. Die Konferenz erjuicht alle Kameraden, die günstige Zeit auszunutzen, den Streik in aller Ruhe und unter Aufrechterhaltung musterhafter Ordnung bis zum Ende zu führen. Die Konferenz ersucht alle Kameraden, strengste Disziplin zu halten.

Nach der Annahme der Resolution erklärten auch die Delegierten, die vorher dagegen gestimmt hatten, einmütig, sie würden sich dem Beschlusse natürlich unterwerfen und nun auch für die Niederlegung der Arbeit bei den von ihnen vertretenen Organisationen eintreten. Die gestrigen Bergarbeiter-Versammlungen waren von insgesamt etwa 132,000 Bergleuten besucht.

#### Gärung im niederschlesischen Grubenrevier.

Die Entwicklung der Verhältnisse im Ruhrrevier hat auch die Bergleute des Waldenburger Reviers in Bewegung gebracht. Da hier die Löhne von sämtlichen deutschen Belegschaften die niedrigsten sind und der Terror der Verwaltungen kaum übertraffen werden kann, hat die Erregung und Mißstimmung der Bergarbeiter außerordentlich zugenommen. Die einzelnen Belegschaften bestärken die Verbandsleitung des Bergarbeiterverbandes mit Fragen, was jetzt in Schlesien geschehen wird, wenn im Westen die Kameraden den Kampf aufnehmen sollten. Es gärt hier unter der scheinbaren äußeren Ruhe ganz außerordentlich, und schon in den nächsten Tagen dürfte diese Bewegung eine bestimmte Richtung annehmen. Schon der Umstand allein, daß ausschließlich der Situation im Ruhr-

revier und des Streiks in England die Belegschaften einzelner Gruben zu erhöhten Heberschichten gezwungen werden sollen, kann den Konflikt plötzlich ausbrechen lassen. Jedenfalls steht fest, daß die Bergleute mit größerer Entschiedenheit gegen früher die Einreichung ihrer Lohnaufbesserungsvorschläge fordern. Die Erbitterung über den kläglichen Verlauf der allerjüngsten Lohnbewegung im vergangenen Herbst, wo die Ausschüsse der Arbeiter mit ihrer Forderung um 15 prozentige Lohnerhöhung abgewiesen wurden und die Grubenbesitzer statt dessen mangelhaft Kartoffeln und Weißtraut angeblich zum Selbstkostenpreis an die verachteten Bergleute verteilten, ist noch vorhanden oder kommt angesichts der allgemeinen Gärung unter den Grubenarbeitern aufs neue zum Durchbruch.

#### Gendarmen, nichts als Gendarmen.

Der Ruf der Christlichen nach Arbeitswilligenschuh ist nicht ungehört verhallt. Das ganze Ruhrgebiet wimmelt von Gendarmen. Wer am Sonnabend früh von Berlin nach dem Streikrevier fuhr, konnte schon auf dem Bahnhof Friedrichstraße die Anzeichen einer ungewöhnlichen Bewegung beobachten. Der Bahnhof war voll Gendarmen. Aus den preussischen Ostprovinzen werden die Mannschaften massenhaft herausgezogen und nach dem Westen dirigiert. Die Abteile des Schnellzuges voll grauen Mänteln, grünen Röcken. In den Tragnetzen leuchten die Spitzen der Pickelhauben. Und man politisiert eifrig über antimonarchistische Elemente, die vor der militärischen Obrigkeit keinen Respekt haben.

Jeder Zug, der im Ruhrrevier eintrifft, bringt neue Schwärme dieser landstremenden Elemente. Was tut die Regierung? Sie schickt Gendarmen, nichts als Gendarmen! O nein, sie tut noch mehr! In Herne liegen auch schon Fusaren!

**Potsdam, 11. März.** Der Reichspräsident wird heute einen Aufruf erlassen, worin er die Bevölkerung auffordert, Ruhe und Besonnenheit zu wahren und sich von allen Ausläufen fern zu halten. In dem Aufrufe wird ferner darauf hingewiesen werden, daß die Polizeiorgane Wahrung erhalten haben, mit un-nachsichtlicher Strenge gegen jede Verletzung der persönlichen Freiheit und des persönlichen Eigentums einzuschreiten.

**Köln, 9. März.** Heute abend sind zweihundert Mann von der hiesigen Schuhmannschaft mit vier Kommissaren in das Kohlenrevier abgereist. Die Behörden werden die Arbeitswilligen nicht, wie es bisher geübt wurde, von der Wohnung bis an die Arbeitsstätte begleiten, sondern sie werden die Wege, die die Leute zurückzulegen haben, besetzen.

**Berlin, 9. März.** Von Berlin sind zweihundert Schutzeute, darunter 45 Berittene, nach dem Ruhrrevier abgefahren.

#### Der Streikbruch der Christen.

Die Christlichen haben am Sonnabend den Streikbruch in aller Form proklamiert. Flugblätter wurden vor den Schächten in Massen vertrieben, in denen die Bergarbeiter beschworen werden, nicht in den Streik zu treten, der in diesem Augenblick unverantwortlich und für die deutsche Arbeiterschaft schädlich sei. Die Christlichen geben jedoch zu, daß die Lage der Bergarbeiter nicht so ist, wie sie sein müßte und sein könnte. Sie hätten ein Recht auf höheren Lohn und müßten über ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen mitbestimmen können, damit ihnen nicht nur das gegeben wird, was ihnen die Arbeitgeber gutwillig geben wollten. Sie hätten das Recht, diese Forderungen eventuell durch einen Streik durchzusetzen. Nur den Streik jetzt durchzusetzen, verneinen die Christlichen!

Dann folgt ein Appell an die Behörden, für ausreichenden Schutz der christlichen Streikbrecher zu sorgen.

Im ganzen Ruhrgebiet werden etwa 350.000 Bergarbeiter beschäftigt. Es werden voraussichtlich 200.000 Bergarbeiter in den Ausstand treten, dann wird die Kohlenförderung lahmgelegt sein, denn die übrigen Bergarbeiter werden zu Reparaturen und sonstigen Grubenarbeiten gebraucht.

#### Lohnbewegung in Oesterreich.

**Mährisch-Odrau, 9. März.** Im hiesigen Kohlenrevier macht sich eine Bewegung der Bergarbeiterschaft bemerkbar. In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung wurden Verbesserungsvorschläge Natur und strenge Handhabung der gesundheits- und sicherheitspolizeilichen Vorschriften gefordert.

**Brüg, 9. März.** Im Schachte Austria I bei Mürschan sind dreihundert Arbeiter wegen Lohnendifferenzen in den Ausstand getreten. Eine Ausbreitung des Streiks ist nicht ausgeschlossen.

Sonntag, den 17. d. M. finden in Falkenau und Chodau große Bergarbeiterversammlungen statt, die sich mit den Lohnbewegungen der Bergarbeiter im Ausland und deren Rückwirkung auf Oesterreich beschäftigen werden.

#### Die Streikbewegung in Rußland.

**Petersburg, 9. März.** Der „Schwarze Streik“ ist jetzt auch im Dombrowabeden ausgebrochen, wo die Arbeiter der vier größten Gruben in den Ausstand getreten sind und

Lohnforderungen aufstellen. Im Handelsministerium haben Beratungen begonnen, wie der bevorstehenden Kohlennot abzuhelfen sei. Die Kohlenvorräte in den einzelnen Ostseehäfen sowie in Petersburg werden in vierzehn Tagen verbraucht sein. Der Ministerpräsident beriet mit den russischen Kohlenindustriellen über die Maßregeln, unter denen russische Kohle zur Versorgung der baltischen Häfen und der Stadt Petersburg herangezogen werden kann.

#### Zur französischen Bergarbeiterbewegung.

In Frankreich scheint die Streikbewegung ebenfalls zu beginnen. Wir erhalten aus Paris unter dem 8. März folgendes Telegramm:

Die Bergleute von Faymoreau (Vendee) haben den Ausstand erklärt. Zwischen Unternehmern und Vertretern der Arbeiter haben Unterhandlungen stattgefunden, eine Verständigung wurde aber nicht erzielt. Auch in den Minen von Drieubourt, (Pas de Calais) ist es zum Streik gekommen. Einer Anzahl von Grubenarbeitern war ein unberechtigter Lohnabzug gemacht worden. Da die Unterhandlungen mit der Direktion zu keinem Ergebnis führten, wurde in einer Versammlung der Streik der ganzen Belegschaft erklärt.

#### Die Ausrede von den Ausschüssen.

In der Besprechung des Herrn Staatssekretärs Doktor Delbrück mit den Bergarbeiterführern hat es sich um die Frage gehandelt: Wie ist der Ausbruch des Bergarbeiterstreiks im Ruhrbezirk zu verhüten? Warum die Regierung ihrem löblichen Versuch, sich durch direkte Aussprache mit den Arbeiterführern über den zur Vermeidung des Streiks einzuschlagenden Weg zu informieren, nicht eher unternommen hat, darüber wird sich die zuständige Stelle wohl noch äußern. Wenn man auch von den Lohnangeboten der Bergarbeiterverbände im Herbst 1910, auch von den seither allbekannt gewordenen Beschwerden der Bergarbeiter über unzulängliche Entlohnung abliest, von der am 12. Oktober 1911 abgehaltenen Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterverbände hat doch auch die Regierung Kenntnis erhalten, sie weiß, daß in jener Konferenz einmütig die Notwendigkeit und Durchführbarkeit einer den erhöhten Lebensmittelpreisen angepaßten Lohnerhöhung betont und eine Aktion dafür nur verschoben wurde! Ferner ist die Anfangs Februar d. J. an den Zechenbesitzerverband von den drei Bergarbeiterverbänden eingereichte Lohnneingabe und ihre ablehnende Beantwortung durch die Zechenbesitzer allgemein bekannt geworden. Wenn die Regierung trotzdem bis knapp vier Tage vor der Revierkonferenz der Ruhrbergleute gänzlich passiv blieb, so müssen hierfür ganz besondere Gründe vorliegen. Darüber wird die Öffentlichkeit wohl noch näheres erfahren.

Warum dann so kurz vor der entscheidenden Arbeiterkonferenz regierungsseitig nicht der direkte Weg der Unterhandlung von Verhandlungen der Arbeiterorganisationsvertreter mit den Vertretern des Zechenbesitzerverbandes beschritten, statt dessen wieder auf die „Arbeiterausschüsse“ als gesetzliche Vertreter der Belegschaften“ verwiesen wird, das wird die Öffentlichkeit erst recht nicht verstehen. Um so weniger, als nachweislich die Arbeiterausschüsse insbesondere in der Lohnfrage mindestens kein unbestrittenes gesetzliches Vertretungsrecht besitzen. Das geht unzweideutig aus der Entstehungsgeschichte dieser Arbeiterausschüsse hervor.

Sie sind geschaffen worden durch die preussische Berggesetznovelle vom Jahre 1905, nach dem Generallstreik der Ruhrbergleute. Damals wie früher lehnte es der Zechenbesitzerverband grundsätzlich ab, mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Bergleute in Verhandlungen einzutreten. Diefelbe Situation wie jetzt. Um nun für die Folge eine Instanz für die „ordnungsgemäße“ Vorbringung von Arbeiterwünschen und Beschwerden zu schaffen, ergänzte die für die Beratung der Regierungsvorlage 1905 eingeleitete Berggesetzkommission des preussischen Landtages diese Vorlage dahin, daß auf allen Gruben mit wenigstens 100 Mann Belegschaft ein Arbeiterausschuß gewählt werden müsse, der Wünsche und Beschwerden der Belegschaft der Grubenverwaltung „zur Kenntnis“ bringen könne. Die Berggesetznovelle vom Jahre 1909 betreffend die „Sicherheitsmänner“ hat die Kompetenz der nun aus den Sicherheitsmännern als Arbeitervertreter bestehenden Ausschüsse insoweit umschrieben, daß sie jetzt „Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft, die sich auf die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse und die Wohlfahrtsanordnungen des Bergwerkes beziehen, zur Kenntnis des Bergwerksbesitzers zu bringen und sich darüber zu äußern“ haben.

Damit ist kein gesetzliches Recht der Arbeiterausschüsse zur verantwortlichen Vertretung der Belegschaften eingeführt. Es ist nur die Vollmacht zur Übermittlung von Anträgen usw. und zur „Ankündigung“ nicht einmal zur „Verhandlung“ erteilt. Es ist insbesondere noch zweifelhaft geblieben, ob die Arbeiterausschüsse auch Anträge usw. vorbringen dürfen, die sich auf Lohnfragen beziehen. In der Berggesetzkommission des preussischen Landtages zur Beratung der Novelle vom Jahre 1909 ist die Befugnis der Arbeiterausschüsse, sich auch über Lohnfragen zu äußern, von

# Politische Uebersicht.

## Zur Präsidentenwahl

schreibt Genosse Georg Ledebour in seiner Korrespondenz:

Dove hatte sich loyaler Weise im voraus bereit erklärt, im Falle eines solchen Ausgangs die Wahl abzulehnen, da er weder von der eigenen Partei, noch von den Sozialdemokraten gewählt worden wäre. Da aber bei der Unberechenbarkeit der Nationalliberalen die Möglichkeit bestand, daß sie sich dann mit den Konservativen und dem Zentrum über die Wahl eines schwarz-blauen Kandidaten oder auch eines zweiten Nationalliberalen verständigt hätten, wurde Dove sowohl von seiner eigenen Partei wie von den Sozialdemokraten dahin verständigt, daß seiner Annahme der Wahl nichts im Wege stehe. Er nahm demgemäß die Wahl an. Wenn Rechte und Zentrum darauf in ein triumphales Bravo ausbrachen, so ist das ein Beweis für ein Maß von Weisheit das wir diesen annehmlichen Mitgliedern bisher nicht zugezählt hatten. Denn zu Triumphegejungen gibt der Ausgang einer Wahl einem Parteibündnis keinen Anlaß, dessen Kandidat für den Präsidentenposten durchgefallen ist, und der sich nachher überhaupt nicht mehr traut, für die andern beiden Voten eigene Kandidaten zu nominieren.

Ebenso wenig Anlaß zu besonderer Bemühtung hat natürlich die Sozialdemokratie, denn immerhin ist es ihren Gegnern gelungen, ihren Vertreter aus dem Präsidium zu verdrängen. Unsere Partei kann aber dennoch mit großer Gemütsruhe das Resultat hinnehmen, da die Art und Weise wie es zustande gebracht wurde, nicht die Sozialdemokratie diskreditiert, wohl aber deren Gegner. Es hat sich gezeigt, daß eine Anzahl schwankender Charaktere, die im Februar noch Scheidemann ihre Stimmen gegeben hatten, den höchsten Einflüssen nachgegeben hatten. Man wird im Volke der national-liberalen Partei das nicht vergessen. Es wird sich herausstellen, daß sie den Sieg Raasches über Scheidemann mit einer neuen Einbuße von Werten erkaufte hat.

Den freisinnigen, denen die Gunst der Umstände in dem Minderheitspräsidium den Löwenanteil verschafft hat, ist jedenfalls jetzt eine glänzende Gelegenheit geboten, durch unparteiliche Geschäftsführung ihre Stellung zu befestigen.

### Der „Vorwärts“ charakterisiert die Nationalliberalen:

„Ja, wenn die Herren von der Rechten könnten, wie sie wollten! Aber das Schwert, das Herr v. Heydenbrand so gerne im Munde führt, haben ihm die vierundzwanzig Millionen zunächst einmal aus den Zähnen geschlagen und statt an neue Ausnahmegerichte zu denken, müßten die Herren vorerst dafür Sorge tragen, daß das Schreckliche ungeheuer, der Vertreter der Sozialdemokratie aus dem Reichstags-Präsidium entfernt werde.“

Die Nationalliberalen haben ihnen dazu verholfen. Sie haben sich mit den Schwarzblauen verbunden, um der Sozialdemokratie die parlamentarische Gleichberechtigung zu verweigern. Die Rücksicht auf die Wünsche der Regierung und des Hofes galt ihnen mehr als der Anspruch der Arbeiterklasse auf gleiches Recht. Sie haben wie die liberalen Grundbesitzer preisgegeben wie stets, wenn diese Grundbesitzer der Arbeiterklasse Zugute kommen sollten. Sie sind wieder Schrittmacher der Reaktion gewesen, haben dem Befehl des Herrn v. Bethmann-Hollweg gehorcht und der reaktionären Regierung und ihren Auftraggebern zu einem Erlolge verholfen. Sie haben Vorse geübt für den Unfall von Courage und sich wieder so kräftig und unverwundlich gezeigt, wie stets, wenn die Stunde der Kraft und Entschlossenheit erlödet.

Nicht, daß sie gegen uns kämpfen, machen wir ihnen zum Vorwurf. Verleibe nicht! Die Nationalliberalen sind im wesentlichen die Fortkämpfer des großen Kapitals, seiner schutzjüngerischen und unparlamentarischen Interessen, und nie hat sich ein Sozialdemokrat darüber getäuelt, daß ein Abgrund die Partei der Arbeit von jenen trennt. Aber die Verfassung der parlamentarischen Gleichberechtigung ist ein Widerspruch gegen den Grundgedanken des Liberalismus und des Parlamentarismus und insbesondere unentscheidbar, wenn sie von der Regierung, von Konservativen und Liberalen gefordert wird. Als Handlanger der Reaktion haben die Nationalliberalen gehandelt, als ein festes Beharren auf dem Boden des gleichen Rechts für die zurückgebliebenen deutschen Verhältnisse immerhin einen Fortschritt bedeutet hätte, und das macht ihre Schwäche zum politischen Verbrechen.

Das „Berliner Tageblatt“ weiß zu berichten, daß der Präsident des Reichstages, Herr Raempff, die ihm zuziehende Dienstwohnung im Präsidialgebäude nicht beziehen wird. Das ist sehr vorsichtig gehandelt, denn die Präsidentschaftlichkeit des Herrn Raempff wird nicht von langer Dauer sein, weil es mit seinem Mandat sehr unsicher bestellt ist. Man darf damit rechnen, daß es für ungültig erklärt wird. Als im Jahre 1903 das Mandat des

den anerkannten Vorsitzern der Zeichenbesitzer entscheiden bestritten worden. Die Regierungenvertreter haben sich allerdings entgegenzesezt ausgesprochen. Im Sinne dieser Aussprache kommen die bekannten Vergütungen Reuß und Kästner den jetzigen § 80 f. des preussischen Vergesetzes. Diese Kommentare sind aber für nicht wenige Zeichenverwaltungen unannehmlich. Sie haben zwar den Vergütungsverbänden geantwortet, nicht diesen, sondern den Arbeiterausschüssen würden über die Lohnanträge um Mittelungen gemacht werden, aber es wird unabweislich dabei zum Ausdruck gebracht, daß an eine Verhandlung mit den Ausschüssen, zwecks verbindlicher Vereinbarungen über die Lohnhöhe nicht gedacht ist!

Man hat schon 1910 den Ausschüssen einige Zahlen aus den Lohnlisten vorgelesen, woraus eine „weitere Steigerung der Löhne“ behauptet wurde, dann war die Sitzung zu Ende. Das Ergebnis war für die Arbeiter ein negatives, für die Mitglieder der Ausschüsse das Verurteilen ihrer völligen Einflusslosigkeit. Während 1908 die Ausschüsse, aufgefördert von allen Vergütungsverbänden (auch vom christlichen Gewerksverein), noch mit einigem Eifer daran gingen, sich als Fürsprecher der Lohnanträge der Belegschaften zu betätigen, wurde 1910 der abermaligen Aufforderung der Organisationen, dem Hinweis des Zeichenbesitzerverbandes folgend, die Lohnforderungen in den eigens dafür beantragten Sitzungen vorzubringen, von den weitaus meisten Arbeiterausschüssen nur widerwillig entsprochen. „Es hat ja doch keinen Zweck, wir haben ja doch nichts zu sagen!“ Mit diesen oder ähnlichen Worten geben damals schon die Arbeiterausschussmitglieder ihrer pessimistischen Stimmung Ausdruck.

In der Vergesetzkommission von 1905 wurde wesentlich der Mangel einer gesetzlichen Vollmacht der Arbeiterausschüsse betont. Die Vertreter der Zeichenbesitzer stellten ausdrücklich fest, daß den Arbeiterausschüssen nicht die Befugnisse eigneien, „wie sie in England die Trade Unions hätten.“ Andererseits wurde der Mangel eines unbefristbaren Vertretungsrechtes gerade mit Rücksicht auf die selbstherrliche Haltung der Zeichenbesitzer behauptet und ein Antrag eingebracht, welcher betonte: „Der Arbeiterausschuss vertritt die Arbeitnehmer in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden gemeinsamen Fragen.“ Die Annahme dieses, von dem freisinnigen Abgeordneten Wolf-Bissa gestellten und begründeten Antrages hätte die Arbeiterausschüsse als gesetzliche Arbeitervertretung legitimiert. Der Antrag ist aber abgelehnt worden. Infolgedessen besitzt der Arbeiterausschuss, dies bezieht auf den ausdrücklichen Beschluß des Belegschafters, nicht den Charakter einer gesetzlich anerkannten Belegschaftsvertretung; er kann namens der Belegschaft keine Abmachungen treffen, er ist in keiner Weise für seine Handlungen der Belegschaft verantwortlich. Man kann mit denselben rechtlichen Folgen irgend einem Schulz oder Müller wie den absichtlich inkompetent und verantwortungslos geschaffenen Arbeiterausschüssen die „Vertretung der Belegschaft“ übertragen. Wenn also die Zeichenverwaltungen nun erklären, nur mit den Arbeiterausschüssen, als gesetzlichen Vertretung der Belegschaft“ über die Lohnforderungen verhandeln zu wollen, so wissen die Zeichenbesitzer sehr wohl, daß sie sich rechtlich zu nichts verpflichten.

Wenn freilich die Regierung die Absicht haben sollte, sich für die Erfüllung der Arbeiterausschüssen etwa gemacht zu verbürgen, dann änderte dies die Sachlage. Heute ist sie so, daß man aus den Erfahrungen der Arbeiterausschüsse hinsichtlich der Lohnzulagen begreifen muß, warum die Arbeiter in der Aufforderung, die Vertretung ihrer Lohnforderung den hierzu gesetzlich nicht befugten Arbeiterausschüssen zu übertragen, den Versuch sehen, die Lohnbewegung abermals auf das tote Gleis zu schieben.

(Siehe auch die Beilage.)

damaligen Reichstagspräsidenten Grafen Ballestrem angefochten war, stellt es der Reichstag für seine Pflicht, über dieses Mandat zuerst zu entscheiden. Von dieser Pflicht wird der Reichstag vermutlich auch diesmal nicht absehen, denn im Verlaufe dieser Woche wird in der Wahlprüfungskommission die Entscheidung über das Mandat Raempffs fallen und der Bericht kann in kürzester Frist fertiggestellt sein, so daß die endgültige Entscheidung des Reichstags noch vor den Osterferien erfolgen kann. Im Falle der Kassation der Wahl hätte Herr Raempff das Präsidialgebäude wieder räumen müssen und wegen dieser paar Wochen verlohnt sich ein Umzug wirklich nicht.

### Eine theoretische Staatsverfassung.

Das glückliche Land, das sich eine theoretische Staatsverfassung leisten kann, heißt — Preußen. Titel II, Artikel 3 bis 42 handelt darin von den Rechten der Preußen. Das sind unter anderem — wohl gemerkt nach der Verfassung:

„Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, Standesvorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Ämter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.“

Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen genügend gesorgt werden.

Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.

Das Petitionrecht steht allen Preußen zu.“

Den Kommentator zu diesen preussischen Verfassungsartikeln kann sich jeder Preuße selbst machen. Wir raten aber jedem, der sich mit diesen Verfassungsfragen abgibt, daran zu denken, daß — jeder Preuße seine Meinung frei äußern kann, so lange sie niemandem hört!

Man denke an den 18 Mann hohen Polizeibesuch in der Redaktion der „Volkswacht“.

### Gegen die Bauarbeiter und Binnenschiffer!

Das Dreiklassenhaus hat am Sonnabend den vom Genossen Leinert so objektiv und sachlich begründeten und selbst von dem Minister v. Breitenbach nur in seinem ersten Teil bekämpften Antrag unserer Genossen auf Erweiterung und größere Sicherung des Bauarbeiterschutzes, namentlich auf dem platten Lande, abgelehnt und damit ein neues Ruhmesblatt in den Kranz seiner Taten eingefügt. Es muß besonders an den Pranger gestellt werden, daß sogar die nationalliberale Partei durch den Abg. Dr. Röschling — ein schwerreicher Berliner Richter, der sich durch seine antisozialistische Kampfsprache im letzten Herbst unliebsam bemerkbar gemacht hat — die Ablehnung unseres Antrages geradezu als Selbstverständlichkeit verkünden ließ. Nicht merkwürdig ist auch, daß die Fortschrittspartei, die sonst für unseren Antrag stimmte, sich nicht dazu aufschwingen konnte, die Uebertragung des Bauarbeiterschutzes auf die ländlichen Gemeinden und Gutsbezirke zu fordern. Das sieht fast darnach aus, als ob die in den Städten immer mehr durch die Sozialdemokratie verdrängte Fortschrittspartei ansagen wollte, sich bei den Großbauern und Gutsbesitzern beliebt machen zu wollen.

Die für die Verwaltung der Binnenschiffahrt verlangten Beiträge gaben dem Genossen Dr. Dieblich Gelegenheit, wie alljährlich mit Sachkunde und Energie für die Interessen der Kleinschiffer einzutreten. Verechnend war es, daß sein Verlangen auf staatliche Entschädigung der durch Schiffahrtshindernisse infolge mangelnder Vorkehrungen zum Festliegen verurteilten Schiffer und zwar ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, von der Rechten mit einem wahren Hohn gelächelt worden wurde. Unser Redner geißelte diesen konservativen Gerechtigkeitssinn nach Gebühr, was den Major Stroffer auf die Tribüne rief. Aber weder der, noch die Regierungskommissare konnten unsern Genossen

## Der Vogt von Ehl.

Erzählung von Theodor Rügge.

Er redete in freier Sprache, die keine Unterschiede der dritten Person kennt. „Jens!“, erwiderte der Freund, seine Hand fest haltend, „Du sollst uns heut nicht verlassen. Sieh! Du dort unten die schwarzen Hände des Himmels und vor dir die weißen Hände in der See?“

„Ich sehe alles“, rief Jens unbefangenen Lachens; „ich sehe, was vorliegt über mir und neben mir, aber ich weiß auch, was ich unter mir habe.“

Ein wackeres Schiffchen, dicht und brall, hat und keinen in der besten Ordnung, Ballast und jeder Kloben fest. Aber Menschenkräften und Menschenwert ist ein Hiel gelebt, darüber hinaus kommen beide nicht; auch dem besten kann es zu viel werden.“

„Gör, Anderjen“, fiel der junge Mann lebhaft ein, „Du werst gewiß, daß ich nicht die geringste Lust habe, mich von hien aus zu lassen, aber ebensoviele habe ich Lust, Deine Klagen anzuhören, als läge im Haus eine Leiche und die Klageweiber sähen auf der Schwelle. So gut es auch gemeint ist, ich sage Dir, ich will heut abend in Ehl an meines Vaters Herd sitzen, und das erste Glas auf Dein Wohl leeren.“

„Wirst Du ein anderer, der Du bist“, sprach Anderjen, „ohne sich irt zu machen zu lassen und auf den leuchtigen Ton einzugehen, wirst Du ein tollkühner Junge, der heraus will, um den hungerigen Wolf kennen zu lernen, der ihm die weißen Zähne zeigt, so würde ich sagen: „Sehe hin und sieh zu, daß er Dich nicht beißt.“ Aber Deines Vaters Soja hat mehr zu verlieren, als Dein arbeitsfähiges Leben. Auf Dir ruhen die Hände Deines Volkes, die Hoffnungen Deiner Freunde. Du hast viel zu verantworten, Jens! Und wenn Du nicht, wie ein Mann, sag überlebst, so Du handest.“

Man bei allen Weisheit und Gerechtigkeit, die niemals über diesen und diesen um Witternacht tanzen“, rief Jens lachend, „was soll ein hungeriger Mann nicht alles tun.“ — Sieh den alten Herrn dort, Anderjen, er hat mir gestern gesagt, was ich sei, aber daß ich hier bleiben soll, davon sagte er nichts, und er ist ein Staatsmann, ein Baron und ein Dame, drei Dinge, die ich zu hoch ansehe in der ganzen Welt. Einackeregen und hoch und noch das schöne Mädchen wegen, die so viel Wert hat der beste Mann hat, will ich es wagen und wenn der Wind aus meiner Mutter Schürze bläst.“

Währenddessen war die Jolle aus dem Land gerudert und hatte das Gesicht der beiden Reisenden aufgenommen. Der Baron bezogte die Träger und hatte ihnen sicher reichlich gegeben, denn sie machten frohe Gesichter.

„So sind wir denn zu Ihren Diensten“, rief er dem jungen Manne zu, „und haben, Gott sei Dank! hier nichts weiter zu schaffen.“

„Wenn Du es nicht um Deiner selbst wegen tust“, sagte Anderjen mit lauter Stimme und in deutscher Sprache, „so tue es hier für diesen Leute wegen.“

„Was ist es denn?“ fragte der alte Herr. „Reinen Sie, daß wir nicht hinüber können?“

„Hinüber?“ versetzte Anderjen, mit einem schmerzlichen Ausdruck in seinem milben Gesicht: „Ja, es ist möglich — hinüber kommen wir alle, früher oder später.“

„Wachen Sie, daß wirkliche Gefahr dabei ist?“ fragte der Vater, die Gesichter der Umstehenden betrachtend.

„Das ist kein Wetter, um hinauszufragen“, fuhr der alte Seemann fort, „wenn es die Nacht über heftig geweht hat und der Wind nach Norden umgehen will.“

„Wenn die Schlupf nicht sicher ist“, sagte der Baron, „oder viellecht — verzeihen Sie, Herr Vorwerk — auf der Insel ist ein Mann festsitz, der uns besser nach Kufum zu führen vermag, so will ich gern Vorschläge hören.“

„Das nicht“, erwiderte Anderjen. „Die Schlupf ist so sicher, wie sie sein kann, und wenn es einen Mann gibt, dem ich mein Leben anvertrauen möchte, so ist es Jens Lornsen. Aber alles hat seine Zeit und alles sein Ende.“

„Ich denke, daß ich es wagen kann“, erwiderte Lornsen mit ruhiger Sicherheit.

„Entscheide Du, Uta“, rief der alte Herr seiner Tochter zu.

Die Dame warf die Muschel fort, welche sie betrachtete, und sagte lächelnd: „Da unser Kapitän gutes Mutus ist, warum sollten wir ihn verlieren? Keinem besseren Ratte kann man sich anvertrauen, sagte der wackerer Herr dort.“ — Ich bin gewiß, daß eine wirkliche Gefahr uns nicht droht, denn wenn sie drohte, würden wir alle hier bleiben. Ein wahrhaft mutiger Mann mag nicht, was er nicht zu bestehen glaubt.“

Lornsen ließ die Arme sinken. Die kalte Ruhe seines Gesichtes belebte sich in einem Ausdruck der Freude. — Ohne ein Wort zu sagen, trug er sie über die nassen Steine in das Boot, einen Augenblick später sah auch der alte Herr darin. Dann blickte er dem Freunde die Hand, der noch immer ermahrende Worte sprach und nun stieß er rasch von dem Steine ab und die Jolle flog über die Brandungswellen.

„Reef deppat und beschlag Deinen Stak!“ schrie ihm der Seemann nach. Jens nicht. In derselben Minute war er am Bord der Schlupf und half seinen Gästen die kleine Treppe hinauf.

„Hier erst“, sprach er, „danke ich Ihnen nochmals für Ihr Vertrauen. Was dies kleine Schiff an Bequemlichkeiten bieten kann, ist zu Ihrem Befehl. Es ist wenig genug, aber ich hoffe noch immer, daß unsere Reize sehr sein wird.“

Mit diesen Worten führte er sie in die Kajüte hinauf, die geräumiger war als man vermuten durfte. — Zwei Betten waren zu beiden Seiten in die Schiffswände eingelassen und vor jedem lag ein breites Polster hin. Ein Tischchen stand an der Hinterwand, neben ihm zwei große Lehnstühle; darüber hing ein Spiegel in Goldrahmen. Ein bunter Teppich bedeckte den Boden. Das Holzwerk war mit blankem braunem Lack geputzt, ein kleiner Ofen mit glänzendem Messinggitter hatte einen Platz zwischen den Betten, die Wandstühle über diesen enthielten Porzellan, Glas und allerlei Porzelle. Ein Schiffsbarmometer, ein Sextant und einige andere Instrumente lagen in der Nähe der Tür; der ganze Raum war in der Tat behaglich, fleisch lauter und von oben durch ein breites, vergittertes Glasfenster beleuchtet, zugleich auch so hoch, daß selbst die mächtige Gestalt Jens Lornsens eben nur die Decke erreichte.

„Si!“ rief der alte Herr sehr umschauend, „das sieht besser aus, als ich dachte. Hier läßt sich ein kleiner Sturm schon überdauern. Das ist ein feines Schindes Seeboot, wie ich selbst keines am Ende gesehen habe.“

(Fortsetzung folgt.)

überlegen und trotz der prompt funktionierenden Rediguloline des Dreiklassenhauses werden die Schiffer im Lande schon noch rechtseifrig erkennen, wer ihre Freunde sind.  
Montag: Wauetat: Etat des Landtags usw.

### Die neue Flottenvorlage.

Die „Königliche Volkszeitung“ hatte vor einigen Tagen über den Umfang der neuen Flottenvorlage gemeldet:

- 1. Es soll bestehen:  
a) Die Schlachtklasse aus 2 Flottenflaggschiffen (1 Flottenflaggschiff  
(5) Geschwadern zu je 8 Linien Schiffen, 8 (10) großen Kreuzern und
- 24. (30) kleinen Kreuzern als Aufklärungschiffen;  
b) Die Auslandsklasse aus 8 (10) großen Kreuzern und 10 kleinen Kreuzern;
- 3. Die Materialreserve aus 4 Linien Schiffen, 4 großen Kreuzern und 4 kleinen Kreuzern (fällt weg).

Bezüglich der Indiensthaltung der Schlachtklasse gelten folgende Grundsätze:  
1. das 1. und 2. (1., 2. und 3.) Geschwader bilden die aktive Schlachtklasse, das 3. und 4. (4. und 5.) Geschwader die Reserve-Schlachtklasse.

2. Von der aktiven Schlachtklasse sollen sämtliche, von der Reserve-Schlachtklasse die Hälfte der Linien-Schiffe und Kreuzer dauernd im Dienst gehalten werden.

Diese Meldung wird nun von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ohne ein Wort des Kommentars übernommen, jedoch man annehmen darf, daß das rheinische Zentrumsblatt richtig informiert war.

### Monopole, Demokratie und Sozialismus.

In seiner Rede vom 4. März, die sich der Staatssekretär des Innern, Herr Delbrück, als Anhänger von Staatsmonopolen bekennt. In seiner bekannten vorläufigen, nach allen Seiten abwägenden Manier, die seinem zu nahe treten und es sich mit niemand verderben will, hat er zunächst die privaten Wirtschaftsmonopole in Schutz genommen, dann aber doch offen ausgesprochen, daß man allmählich gezwungen sein werde, Privatmonopole in Staatsmonopole zu verwandeln. Jetzt stellt sich heraus, daß das theoretische Bekenntnis des Staatssekretärs nicht ohne praktische Bedeutung für die aller nächste Zukunft ist. Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, hat am letzten Sonnabend eine Besprechung des Reichssekretärs Vermuth mit verschiedenen Parlamentariern stattgefunden, in der die Einführung von vier neuen Reichsmonopolen erörtert worden ist. Es handelt sich um ein Petroleum-, ein Kali-, ein Spiritus- und ein Zündholzmonopol, deren Gesamterträge überaus bescheiden auf zunächst 60 Millionen Mark veranschlagt werden.

Gewinnen diese Pläne festere Gestalt, so wird es natürlich notwendig werden, sich mit ihnen im einzelnen auseinanderzusetzen. Denn jedes von ihnen beruht auf besonderen wirtschaftlichen Voraussetzungen. So würde es sich z. B. im Falle des Zündholzmonopols um ein Produktionsmonopol, beim Petroleum aber um ein reines Verkaufsmonopol handeln, zwei völlig von einander verschiedene Dinge. Auch das Spiritusmonopol ist jedenfalls als bloßes Verschleißmonopol gedacht, während im Falle des Kalimonopols die Frage offen bleibt, ob nur der Verkauf oder der Bergwerksbetrieb selbst monopolisiert werden soll.

Für heute kann es sich nur darum handeln, die allgemeine, grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zu derartigen Monopolisierungen klarzulegen. Daß diese Stellung keine ablehnende sein kann, liegt auf der Hand. Selbstverständlich kann eine sozialdemokratische Fraktion ein Staatsmonopol mit Rücksicht auf seine innere Gestaltung und auf bestimmte Verhältnisse auch ablehnen. So hat sich auch die Sozialdemokratie mit dem von Bismarck geplanten, im Jahre 1882 gefallenen Tabakmonopol nicht befreundeten können, das unzählig bürgerliche freie Ergänzungen vernichtet oder — zurzeit des Sozialistengesetzes — dem Machtgebot der Regierung vollständig unterworfen hätte. Aber als grundsätzliche Gegnerin von Staatsmonopolen hat sich die Sozialdemokratie durch ihre damalige Haltung nicht bekannt, und sie hätte dies auch nicht vermocht, ohne sich mit ihrem Programm in Widerspruch zu setzen.

Das Programm der Sozialdemokratie fordert die Vergesellschaftung des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln. Ihr Ziel ist eine Wirtschaftsreform, die von den demokratisch organisierten Volksmassen selbst beherrscht und geleitet wird. Die Schranke, die der Volksherrschaft über die Volkswirtschaft entgegensteht, ist das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln, sie muß zertrümmert werden, wenn die Bahn für eine sozialistische Gesellschaftsordnung frei werden soll.

Jede Erweiterung des staatlichen Einflusses auf die Volkswirtschaft, jede Uebernahme von Produktionsmitteln aus dem Privatbesitz in den Staatsbesitz, mag sie auch nach den kapitalistischen Grundgedanken des geltenden bürgerlichen Rechts erfolgen, bedeutet somit, wenn nicht ein „Stück Sozialismus“, so doch einen Schritt in der Richtung zum sozialistischen Ziel. Die Arbeit, die bei einer kommenden Umwälzung der Wirtschaftsformen zu leisten sein wird, wird dadurch erleichtert und vereinfacht. Den Gegnern des Sozialismus, die dem Staat die Fähigkeit zur Uebernahme der bisher privatwirtschaftlich organisierten Zweige der Gütererzeugung und Güterverteilung absprechen, wird ein Argument nach dem anderen aus der Hand geschlagen. Wir haben einen staatlichen Post-, Telegraphen- und Fernsprecherdienst, Staatsseisenbahnen, kommunale Trambahnen, Wasserleitungen, Gasanstalten, Kraftanlagen usw. Wenn man sich erinnert, welche Rolle diese Dinge in früheren Sozialistenheften gespielt haben, und wie diese Einrichtungen, die für uns ganz selbstverständlich geworden sind, noch heute im Ausland unsere Genossen als stärkste Argumente gegen die platten Theorien eines kapitalistischen Klopfflechtertums dienen müssen, dann wird man die große grundsätzliche Bedeutung einer Erweiterung des staatlichen Monopolbetriebes nicht mehr zu unterschätzen geneigt sein.

Dazu kommt, daß all diesen Staatsmonopolen die Tendenz innewohnt, sich auszudehnen und auf benachbarte

Zweige des Erwerbslebens überzugreifen. Das Eindringen des preussischen Staates in die Schifffahrt, verursacht und bedingt durch seine Stellung als Bergwerksunternehmer, liefert ein interessantes Beispiel dafür. An ähnlichen Erleichterungen auf anderen Gebieten fehlt es nicht, und zweifellos würde man auch die Erfahrung machen, daß ein Spiritus- wie ein Kali-Monopol dem Staat ganz neue Wirtschaftsmittel zur Beeinflussung der gesamten Landwirtschaft an die Hand geben würde.

Je mehr aber der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft steigt, desto klarer wird es, was der Besitz der politischen Macht bedeutet. Der Kampf um die Macht im Staate ist dann nicht mehr bloß ein Kampf um ideale Freiheitsgüter, sondern ein Kampf um bessere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, niedrigere Preise der wichtigsten Verbrauchsgüter. Man stelle sich einmal vor, daß das Reich, ähnlich wie es im Antrage Kautskys geplant war, den Getreidehandel auf Grund gesetzlich festgelegter Preise monopolisiert hätte, jede Reichstagswahl wäre dann in noch viel höherem Maße, als es jetzt der Fall ist, zu einem Kampf um den Brotpreis geworden!

Je größer die Macht des Staates über die Wirtschaft wird, desto mehr wird der Kampf der arbeitenden Massen um die Herrschaft im Staate für sie zur Lebensnotwendigkeit. Je größer umgekehrt der Einfluß des Volkes auf die Leitung des Staates ist, desto geringer wird die Gefahr, daß die Staatsmonopole in staatskapitalistischer Entartung zu neuen Steuerschrauben für die Masse der Verbraucher und zu neuen Zwangsbürgen der Scharfmacherei für die Masse der Arbeiter werden. Wo sich das Staatsmonopol mit der Demokratie verbindet, ist der Sozialismus nicht mehr weit!

### Bürgermeisterwahl.

Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Kirchner hat nun auch dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium von Berlin mitgeteilt, er werde bestimmt aus seinem Amte scheiden. Bis zum 1. Juni wolle er sich entscheiden, wie lange er noch die Geschäfte führt. Als Grund für den Rücktritt Dr. Kirchners, der am 10. November d. J. sein 70. Lebensjahr vollendet und der wiederholt Rücktrittsgedanken zum Ausdruck gebracht hat, wird der fortgesetzte Kampf gegen die Ausschichtsbehörde und die Wahl des Räumers Steiniger zum Direktor des Zweckverbandes von Groß-Berlin angenommen.

Die Berliner Blätter teilen im Anschluß an vorstehende Notiz mit, daß auch der Oberbürgermeister Dr. Abdes-Strauss a. M. dem Breslauer Oberbürgermeister Vender folgen will.

**Aus dem bayerischen Landtage.** Der starke Mann des neuen Ministeriums, Freiherr von Soden, erlitt am Freitag unter allgemeinem Gelächter eine so befruchtete Niederlage, daß man ein baldiges Ende dieser neuen Ministerherrlichkeit voraussehen sollte. Auf der Tagesordnung stand der aus dem Vorjahre wiederholte sozialdemokratische Antrag eines Staatszuschusses von 200.000 Mark für gemeindliche Arbeitslosenversicherung. Ein liberaler Antrag forderte die prinzipielle Anerkennung eines Staatszuschusses, ohne die Einziehung einer bestimmten Summe zu verlangen. Das Zentrum ließ durch den einzigen, im Landtage übriggebliebenen christlichen Arbeiterssekretär Oswald verkünden, daß keine Partei der Arbeitslosenversicherung immer ein angemessenes Wohlwollen nicht veriaat habe und dieses angemessene Wohlwollen beständige der Zentrumsernennung dann dadurch, daß er überhaupt keinerlei Stellungnahme verriet, sondern nur leere Worte machte. Der Minister des Innern aber sammelte hilflos, er sei auf diese wichtige Frage noch nicht vorbereitet, er habe sich nur auf die Maul- und Klauenpeuche eingerichtet, ein Thema, das am Freitag zwar zuerst auf der Tagesordnung stand, das aber ohne Debatte an den Ausschuss verwiesen wurde. Weil nun der Minister nichts von der Materie weiß, muß er sich seine Stellungnahme vorbehalten. Auf die von der Linken niedersaulen geäußerten Antworten verhängte sich der Minister des Innern weinlich hinter der Ausrede, daß er reformfähig überhaupt nicht zu dieser Identifizierung verpflichtet wäre, das sei Sache des Ministerpräsidenten, Herrn v. Hertling, der aber leider nicht anwesend sei. Genosse v. Haller kündigte daraufhin einen sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des kleinen Befähigungsnachweises für bayerische Minister an, wofür er einen Ordnungsruf erhielt. Schließlich erniedrigte das Zentrum auch die Abstimmung über den Antrag zur Post. Während die Liberalen erklärten, daß sie nunmehr für den sozialdemokratischen Antrag eintreten würden, stimmte das Zentrum jetzt für den liberalen prinzipiellen Antrag, lehnte aber unseren positiven Antrag ab, nachdem es auch unsern Antrag auf namentliche Abstimmung verhindert hatte.

### Ausland.

Die Petersburger Studentenunruhen, hervorgerufen durch die rückwärtigen Maßnahmen des Unterrichtsministers Pajso, nehmen nach dem „Russ. Corr.“ einen immer bedrohlicheren Charakter an. Trotz aller Repressalien treten immer wieder neue Zwischenfälle in Erscheinung. Die gewalttätige und despotische Verurteilung der Professoren Migulin und Ustinow an die Petersburger Universität, ohne daß sie die betreffenden Fakultäten gemäß dem ihnen zustehenden Rechte gewährt hätte, wirkte auf die Studenten wie ein provokatorischer Akt, der nicht einmal die Frage aufkommen ließ, ob die Besetzung eine Vereinerung oder Schädigung der hauptsächlichsten Hochschule bedeuten. Die beiden Professoren gerieten dabei in eine sehr lästige Situation. Durch lärmende Kundgebungen wurden sie am Abhalten ihrer Vorlesungen verhindert, und nur die Polizei vermochte ihnen Ruhe zu verschaffen. Da sah sich der eine, Migulin, dem an seinem wissenschaftlichen Namen gelegen ist, veranlaßt, eine Vorlesung abzubrechen, während Ustinow, von den reaktionären Organisationen unterstützt und von Polizisten geschützt, von einem kleinen Häuflein von Studenten seinen Kursus weiter abhält. Seitdem läßt die Gärung in der Universität nicht nach. Boykott, Streik und Streikflut sind an der Tagesordnung. Der vorige Montag war ein besonders kritischer Tag. Gegen Mittag waren die Wandelgänge der Universität von dichten Studentennunnen überfüllt, und an verschiedenen Stellen waren Appelle und Deklarationen angebracht. Die sozialdemokratischen Studenten hatten in einer speziellen Proklamation die Ereignisse der letzten Tage behandelt und forderten die Studenten auf, gegen das Eindringen der Polizei in die Räume der Universität Protest zu erheben, sowie gegen die Verletzung der Hochschulautonomie Stellung zu nehmen. Um die Mittagszeit begannen dann zugleich enorme Scharen von Polizisten sowohl den Hof als die Seitengänge und Treppen der Hochschule zu füllen. Troßdem gelang es den Studenten, eine „fliegende Versammlung“ zu arrangieren, wobei einer von ihnen auf Fensterbänke stieg, um eine zu breittägige und erregende Resolution zu verlesen, die stürmischen Beifall auslöste. Raum hatte er dann mit der Begründung der Resolution begonnen, als von allen Seiten her Schulleute mit bereitgehaltenen Gewehren zusammenströmten und die stützenden Studenten umzingelten. Darauf nahm die Polizei 82 Studenten fest und registrierte sie, um sie dann vorläufig inhaftieren zu lassen.

rend neben andere eingeliefert wurden. Unter den festgenommenen befand sich auch ein Neffe des Präsidenten Tost, Dr. Vlad, der in Petersburg klassische Philologie studiert. Dieser Vorfall war allerdings der Polizei recht peinlich, und kaum hatte der Rektor deswegen beim Polizeimeister interveniert, als der amerikanische Doktor auch schon die Freiheit wiedererlangte; er dürfte auch in Zukunft ob seiner Teilnahme an der „fliegenden“ studentischen Versammlung Schwierigkeiten begegnen, wegen seiner Gefährden sicherlich schweren Strafen entgegensehen. Denn welche sonstige Mittel kennt die russische Unterrichtsverwaltung, um in den Hochschulen Ruhe zu schaffen?

### Russisch-französischer Dualismus.

Der Flottenwahn des chauvinistischen Bürgeriums beginnt jetzt, was ja voraussehen war ins Abtätliche umzuwandeln und wir werden bald in den Läden denselben Nummel der Nordwestkontinentalen zu schauen bekommen, wie zu Wasser und zu Lande. Den Anfang mit dem Wettstreit im Weltraum scheint Frankreich machen zu wollen, dessen Bürgerium ja im Chauvinismus den anderen Bürgerliedern Europas immer um einige Stadien voraus ist. Das Schlagwort ist am Sonntag in der Pariser Gordonne gefallen, in den Gassen, die „mit der Wissenschaft geweiht“ sind und die sich daher zu beilen schienen, auch der neuen Wissenschaft vom Kriegsmord in den Läden ein würdiges Obdach zu geben. Vor sechs Jahren Personen hieß der Hauptmann Belenger einen Vortrag über die Nützlichkeit der Abtätigkeit für den Krieg und appellierte in zündenden Worten an das französische Volk, recht viel Geld herzugeben, damit Frankreich bald im Besitz einer gewaltigen, allen ausländischen Welt überlegenden Luftflotte sei. Der Appell fand in den Herzen der anwesenden sechs tausend französischen Bourgeois brausenden Widerhall und nicht nur in ihren Herzen, sondern fürs erste in ihren Geldbörsen. Freilich, da war er nicht so brausend, beim die Zeltersammlung, die 3000 Francs ergab, ist bei einer sechs tausendköpfigen Menge, die aus Generalen, Senatoren, Rittern der Ehrenlegion, Fabrikanten, Kaufleuten und Studenten besteht, nicht sonderlich imponierend. Auch die patriotische Gewärde, mit der alsbald der Automobilfabrikant Michelin 100.000 Francs zeichnete und Herr Henry Deutsch de la Meurthe ein Flugzeug auf dem Platz des Vaterlandes legte, kann uns nicht erschauern, denn wir wissen, daß es gerade diesen Persönlichkeiten beschieden sein wird, den sich erwarteten Luftknotenpatriotismus sehr gemüßigend zu verberben. Das ist nur eben in Frankreich nicht anders als bei uns und da es dort nicht einmal eine Einkommensteuer gibt, kommen der französischen Bourgeois ihre patriotischen Entschlüsse noch billiger zu stehen als etwa bei uns. Ein Hauptmann gibt das zündende Schlagwort, der Bourgeois gerät in einen wilden Trubel patriotischen Entschlusses, erteilt dann im Feuer der Begeisterung in die wohlgeklärte Bretterflache, schmeißt dann ein Flinten auf den Keller und schreit ins Volk hinaus, seht, welch erhabenes Beispiel wir, die Führer der Nation, euch geben! Das Volk aber darf dann Milliarden klopfen, damit die schwimmenden Hähner den Turgen gebaut werden, die, kaum daß sie fertig sind, schon ins alte Eisen wandern, und jetzt auch, damit die große Kulturereignis der letzten Jahrzehnte schleunigst in ein Arsenal von Werkzeuigen umgewandelt werde. Dabei ganz sinnlos und zwecklos, denn noch hat man nicht die geringste Ahnung, wie man die Luftknoten, die uns nun beschieden sind, im Kriege überhaupt in ausgedehnter Weise verwerten wird können. Aber was fragt der chauvinistische Friseur danach! Der mit den Milliarden und wenn die Wäcker sich daran auch mitten im Frieden verberben, her mit den Luftknoten und wenn sie sich auch im Ernstfall als Luftschiff erweisen sollten!

### Arbeiterbewegung.

**Zum Streit beim Norddeutschen Lloyd in Bremer haben** wird folgendes gemeldet: Erneute Verhandlungen mit dem Norddeutschen Lloyd hatten zur Folge, daß die Organisation und das Koalitionsrecht anerkannt wurden. Für Heberarbeit werden bis zu 60 Prozent Zuschlag gewährt; außerdem sonstige Verbesserungen zugesagt. Ueber die vom Generalagenten des Lloyd, Herrn Hirsch, verfügten Entlassungen und Maßregelungen soll Verständigung erzielt werden.

Die Hafenarbeiter haben in einer am 9. März er. nachmittags 3 Uhr, stattgefundenen Versammlung zu diesen Vorlägen Stellung genommen und einstimmig beschlossen, das Angebot anzunehmen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Weiter beschlossen die Streikenden, auf jede Unterstützung vom Verband zu verzichten. Die Seeleute, welche bereit waren, sofort in einen Sympathiestreik für die Hafenarbeiter einzutreten, haben in einer Versammlung ebenfalls zu den Zugeständnissen des Lloyd Stellung genommen und auf ein weiteres Vorgehen ihrerseits verzichtet. Die Hafenarbeiter haben alle einen vollen Erfolg zu verzeichnen.

### Briefkasten

**Stammisch, Sonnenstraße.** Beide Fragen beantworteten wir mit Ja.

**A. D. 6.** Sie brauchen einen Wandergewerbeschein, dessen Erteilung von Ihnen bei der Regierung in Breslau zu beantragen ist.

**B. M. 1.** Der Gerichtsvollzieher kommt ohne vorherige Benachrichtigung. 2. Die von der Frau eingebrachten Sachen können denen des Mannes nicht gepfändet werden. 3. Das ist nicht üblich, aber es bleibt Ihnen wohl nichts übrig, als beides zu geben.

**A. M., Bbern.** Sagen Sie uns, wofür der Geistliche das Geld verlangt hat und schicken Sie uns die Quittung; wir werden Ihnen dann Näheres mitteilen.

**H. A. D.** Darüber können wir Ihnen nichts sagen, fragen Sie bei dem Amt selbst an.

**Fortsetztler.** In der Beurteilung dieses Pamphletes sind wir mit Ihnen völlig einig.

Heftpreise der hiesigen Markt-Rotations-Kommission.

Heftgröße	100 Blätter	200 Blätter	300 Blätter	400 Blätter	500 Blätter
Wagen, weicher neu	20 20	19 20	19 20	18 20	17 20
Wagen, geber neu	20 20	19 20	19 20	18 20	17 20
Wagen, alt	18 20	17 20	17 20	16 20	15 20
Wagen, alt	20 20	19 20	19 20	18 20	17 20
Wagen, alt	18 20	17 20	17 20	16 20	15 20
Wagen, alt	19 20	18 20	18 20	17 20	16 20
Wagen, alt	21 20	20 20	20 20	19 20	18 20
Wagen, alt	21 20	20 20	20 20	19 20	18 20

### Aus der Geschäftswelt.

**Sagen Sie nicht**  
ein Paket Fleisch-Soda, sondern  
**verlangen Sie**  
ein  
**Henkel's** Fleisch-Soda, nur dann sind Sie sicher, ein solches Paket zu erhalten und erprobtes Reparatur zu bekommen, dessen Gebrauch Sie stets voll und zufrieden stellt.

Benachrichtigung: Karl Oetzel, — Reklamation und Expedition: Kurt Gruppenstraße 7, — Verlag der „Volkswacht“, G. m. b. H., — Druck von Th. Schatz, G. m. b. H., — Druck in Breslau. Preis 3 Pfennige.

Am 9. d. Mts. starb nach kurzem, schwerem Leiden unser Mitarbeiter, der Modelliermeister

### Herr Matthias Gantner.

Durch jahrelange gemütsame Tätigkeit mit einander, bedauern wir den Verlust des uns liebgeordneten Mitarbeiters, welchem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Breslau, den 10. März 1912.

Seine Mitarbeiter der Modellierwerkstatt,  
Fabrik technischer und sanitärer Steingutwaren.

Beerdigung: Dienstag, den 12. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Allerheiligenhospital nach Oswitz. 3320

Am 9. d. Mts., früh 1 1/2 Uhr, verstarb nach kurzem aber schwerem Leiden unser Verbandskollege, der Modelliermeister

### Matthias Gantner.

Zahlstelle der Porzellan-Arbeiter Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 12. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Allerheiligenhospital nach Oswitz. 3321

Am Sonntag, den 9. März, starb nach längerer Krankheit unser Mitglied, der Schneider

### Josef Mrsos

Im Alter von 45 Jahren. 3374

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Mitglieder der Filiale Breslau  
des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter.

Die Beerdigung erfolgt Dienstag, den 12. März, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Oswitzer Friedhofes aus.

**Achtung! Achtung!**

Die Vorstände der Sport-, Turn-, Gesangs- und sonstiger Vergnügungsvereine werden hierdurch zu einer

### Gemeinsamen Sitzung

mit dem Kartellauschuß der freien Gewerkschaften für

### Mittwoch, den 13. März 1912

abends 8 Uhr

ins **Gewerkschaftshaus (Billardzimmer)** eingeladen.

**Tagesordnung:**

Vorbereitung über das im Jahre 1912 gemeinsam mit den Breslauer Gewerkschaften abzuhaltende Gewerkschaftsfest.

Der Ausschuß ersucht, da andere Einladungen nicht erfolgen, um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

### Der Kartellauschuß

J. H. P. Seibold. 3308

Wir empfehlen:

### Proletariers Jugendjahre

von A. Levenstein.

Preis anstatt 1,50 Mk. nur 50 Pfg.

(Guterhaltene Remittendene Exemplare).

### Buchhandlung Volkswacht.

### Stadt-Theater.

3350 Montag, 7 1/2 Uhr:  
„Fibello“  
Dienstag, 7 1/2 Uhr:  
„Der Kuhreigen“  
Mittwoch, Anfang 7 Uhr:  
„Die Meisterfinger von Nürnberg“.

### Lobe-Theater.

Montag, 7 1/2 Uhr:  
„Die fünf Frankfurter“.  
Dienstag, 7 1/2 Uhr:  
„Die fünf Frankfurter“.  
Mittwoch, 7 1/2 Uhr:  
„Gudrun“.

### Thalia-Theater

Montag, Anfang 8 Uhr:  
Sondervorstellung für die vereinigten Handlungsgesellen-Verbände:  
„Deimat“.  
Dienstag: Gruppe J. 1. Vorstellung:  
„Das Konzert“.  
Mittwoch, 7 1/2 Uhr:  
Anschließend des 60. Geburtstages des Star Pianisten:  
„Im weichen Hölzl“.  
Mittwoch, Anfang 8 Uhr und Dienstag von 10-2 Uhr im Stadt- und Lobe-Theater.  
Donnerstag, Gruppe K. 1. Vorstellung:  
„Das Konzert“.  
Freitag: Humboldt-Verdin. 3362  
Abendveranstaltungen (Braune Karten):  
„Deimat“.

### Schauspielhaus.

Montag, 8 Uhr:  
„Die drei Biene“.  
Dienstag, 8 Uhr:  
„Die moderne Eva“.  
Mittwoch, 8 Uhr:  
„Die drei Biene“.  
Donnerstag, 8 Uhr:  
„Die drei Biene“.

### Liebich's Etablissement

Heute:  
**Henry Bender**  
und das brillante  
**Mary-Programm!**  
Anfang 7 1/2 Uhr. 3338

### Viktoria-Theater

Gastspiel Haskel  
in der tollen Posse 3344  
„1224 Nachts“  
und das brillante Programm.  
Anf. 8 Uhr. Samstagabend.

### Zeltgarten

Der unübertreffliche  
**WILLI HAASE**  
mit seinem Orchester.  
Trotzen werden dabei über

Der Ruf  
im Scheinwerfer Licht.

Erleben Sie die neuen  
**Spezialitäten.**  
Anfang 8 Uhr. 3332

### Palmengarten.

Tireler-Gesellschaft  
Reinert.  
Städtisches Orchester  
aus Mährischberg.  
Eintritt frei. 3326

In  
**Paris-Wien-Berlin**  
erregen unsere  
**neuen Modelle**  
Aufsehen.  
Fordern Sie Musterbuch



# Salamander

Schuhges. m. b. H., Berlin

Zweigniederlassung:  
**Breslau, Schweidnitzer Str. 38/40.**

Neu eröffnet: Paris Avenue de Clichy 22

**15-20 Mk.**  
tüchtige Vertreter  
Dauerwäsche

an Privatleute. 3323  
Hb. Dr. J. Wagner, G. m. b. H.,  
Göln-Grenzfeld Nr. 861.

**Agent gesucht**  
zum Verk. von Bonill-Würfel an Kol.  
Hb. J. Sonnenberg & Co., Mainz.

Ein intelligenter, kräftiger [3309]  
**Lehrling**  
für Futurwagenbau und Wagenkloster-  
werke bei G. Gawlich, Weidenstr. 46.

**Tücht. Hosennäherinnen**  
sucht Stellm. d. Marthastr. 10. [3293]

**Hosennäherinnen**  
Kamen f. mech. Friedrich-Wilhelmstr. 71  
bei Reimann, H. 3316

Ein gebr. Kinderwagen, billig zu verkaufen.  
Schweigerstr. 13, 3 Trepp. rechts. [3312]

**Kinderwagen** (Marke Bismarck), leg.  
schön, billig zu verkaufen.  
Zöllner, Köpplitzstr. 27.

Wegen Fabrik-Aufgabe (teilweise unter Preis)  
Gras statt 30, 60, 90 u. 100. J.  
P. Müller, präp. H. Passerip, statt  
491. Sa. Böhml. Uml. statt 1.10 f. 98.  
Dopp. Carm. Uml. statt 1.60 f. 1.45.  
Besokideck. statt 1.55 f. 1.75. Holldel.  
statt 3 u. 3.60 f. 2.70 u. 3.80. ff. Einlag.  
entrip. statt 1.30 f. 1.20 u. 1.35.

**Eduard Bernstein:**  
**Die Grundbedingung**  
**des Wirtschaftslebens.**  
Preis 20 Pfg.  
Buchhandlung Volkswacht.

**Stein- und Mörtelträger**  
für Gleimiger Neubau gesucht. W. 575 postlag. Gleimig.

**Verfassungen und Vereine.**  
**Gewerkschaftshaus.**  
Montag, den 11. März:  
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-7 1/2 Uhr im Zimmer 7.  
Dienstag, den 12. März:  
Bauarbeiterverband. Versammlung im großen Saal.  
Fabrikarbeiter. Versammlung im Zimmer 1.  
Polierer. Versammlung im Zimmer 3.  
Mittwoch, den 13. März:  
Schneiderverband. Versammlung im großen Saal.  
Radfahrer. Versammlung im Zimmer 1.  
Zivil-Musiker. 8 Uhr abends. Versammlung im Zimmer 2.  
Handlungsgehilfen. Versammlung im Zimmer 3.  
Drechsler. Versammlung im Zimmer 5.  
Donnerstag, den 14. März:  
Tapeziererverband. Versammlung im Zimmer 1.  
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.  
Freitag, den 15. März:  
Vortrags-Kursus im großen Saal.  
Sonntag, den 16. März:  
Schuhmacher-Verband. Stiftungsfest im großen Saal.  
Barfettler. Versammlung im Billardzimmer.  
Gärtner. Versammlung im Zimmer 3.  
Sibhauer. Versammlung im Zimmer 5.  
Speranto-Versammlung im Zimmer 6.  
Abtinenten. Treffpunkt im Lokal.

**Sozialdemokratischer Verein Breslau.**  
Distrikt I (Goth). Zu unserem Jahlabend im Lokal Friedrichstraße 60a wird nochmals freundlichst eingeladen. Redner ist Genosse Philipp. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.**  
Landdistrikt 3. Bezirk Schottwitz. Dienstag, den 12. März, abends 8 Uhr, bei Jedyer in Schottwitz. Tagesordnung: 1. Die Politik bei der Gemeindevwahl. Redner: Genosse G r o w i g aus Kriern. 2. Unsere Kandidatenfrage. 3. Verschiedenes. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Landdistrikt 11/12. Bezirke Gartlieb, Kriern, Klettenberg. Mittwoch, den 13. März, abends 8 Uhr bei Weidner im Gartlieb. 8. Frauen-Abend. Tagesordnung: 1. Die Frau und der Militarismus. Rednerin: Fräulein G e l l i c h aus Breslau. 2. Unsere Dinersoire. 3. Verschiedenes.

**226. Königl. Preuss. Klassenlotterie.**  
3. Klasse. 2. Ziehungstag. 9. März 1912. Vormittag.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die beide gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 144 M. sind in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr. A. S. H. I. 3.) (Nachdruck verboten.)

041 75 149 78 433 704 897 978 1059 2306 115 501 78	200 84 370 492 752 23118 246 435 534 967 24154 24 25330	52 392 420 555 76 25172 249 434 (500) 65 649 69 621 510 19	27350 78 738 815 28327 (300) 419 586 614 713 839 65	28347 89 321 430
041 75 149 78 433 704 897 978 1059 2306 115 501 78	200 84 370 492 752 23118 246 435 534 967 24154 24 25330	52 392 420 555 76 25172 249 434 (500) 65 649 69 621 510 19	27350 78 738 815 28327 (300) 419 586 614 713 839 65	28347 89 321 430
041 75 149 78 433 704 897 978 1059 2306 115 501 78	200 84 370 492 752 23118 246 435 534 967 24154 24 25330	52 392 420 555 76 25172 249 434 (500) 65 649 69 621 510 19	27350 78 738 815 28327 (300) 419 586 614 713 839 65	28347 89 321 430

**226. Königl. Preuss. Klassenlotterie.**  
3. Klasse. 2. Ziehungstag. 9. März 1912. Nachmittag.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die beide gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 144 M. sind in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr. A. S. H. I. 3.) (Nachdruck verboten.)

154 633 730 858 1005 (1000) 312 91 805 637 781 91 2021	329 71 514 733 4332 100 254 304 643 4095 167 912 770 (1000)	825 239 251 553 778 9312 130 65 701 937	10071 249 522 455 608 787 11073 236 618 12297 309 (400)	955 13255 615 952 14094 535 (300) 65 (400) 73 545 744 15345	446 522 697 737 923 16155 722 49 602 17020 118 353 18484	(400) 277 1913 298 372 444 703 49 824	28152 (500) 341 551 614 64 684 839 912 35 21062 653 81	776 98 22048 781 23015 249 350 91 415 47 690 716 918	35 24342 613 758 (300) 381 930 25014 84 298 417 696 745	595 26221 123 27159 632 633 65 905 28151 648 (3000) 697	22055 515 701 585	30394 123 (300) 53 90 240 742 31891 464 (300) 68 820	918 22 63 22032 271 433 607 706 822 60 84 32152 77 276	552 622 2425 146 337 407 612 94 071 924 38965 185 304	620 715 37023 55 201 63 462 819 37309 47 64 124 367 507	997 22057 62323 404 779 95 879 39117 63 685 763 802 (300) 7	40374 87 849 57 80 993 41047 (300) 251 73 461 813 90	42105 637 678 43166 68 78 343 444 (1000) 510 47 44389	45036 47 251 447 48041 445 (300) 871 47454 556 718	48379 49 58 321 69 739 822 86 97 49280 359 621	50388 796 97 954 51022 23 246 449 659 778 824 64 82109	326 454 525 659 (300) 630 59 920 53103 31 68 (300) 623 (300)	97 604 758 54036 203 10 329 414 605 798 (400) 836 53027	58002 306 427 941 77 80 89016 461 (300) 887 720 40 816 29	80023 78 829 41 810 31162 85 291 638 62308 28 141	81 220 40 437 541 850 62158 625 718 893 653 64339 68	804 29 60902 71 522 33 66 (300) 418 90 (300) 830 785 67044	155 (500) 370 91 655 97 693 63048 353 651 802 63 808	63072 61 149 358 946	70041 126 82 462 905 71241 606 (300) 933 28 72372	823 73445 514 74043 247 (300) 678 749 75093 266 461	512 259 78147 81 215 65 77004 112 92 241 409 677 795	16001 908 78175 254 66 606 79081 358 634 789 958	83024 279 (400) 527 712 81009 63 506 922 62158 266 349	487 62 82068 111 450 61 800 95 84111 21 405 (300) 33	630 899 83243 478 678 (300) 902 88226 87 847 673 87371	705 666 88176 252 425 67 653 92 719 (300) 878 89363 (300)	62 627
--	---	---	---	---	--	---------------------------------------	--	--	---	---	-------------------	--	--	---	---	---	--	---	--	--	--	--	---	---	---	--	--	--	----------------------	---	---	--	--	--	--	--	---	--------

**226. Königl. Preuss. Klassenlotterie.**  
3. Klasse. 2. Ziehungstag. 9. März 1912. Nachmittag.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die beide gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 144 M. sind in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr. A. S. H. I. 3.) (Nachdruck verboten.)

80117 208 695 621 26 61148 288 411 678 643 915 92132	452 628 674 93 99 (300) 800 83058 408 694 808 (300)	94384 (50000) 93 444 85 698 719 82 881 85118 60	305 224 (50000) 414 44 85 698 84 710 43 95 87117 43 830	78 98141 68 477 940 81 83286 465 730 43 821 62	100032 802 864 809174 53380 809731 25 895 638 102183	62 477 622 65 762 74 103072 290 740 104009 697 858 108130	808 622 66 642 108188 86 237 478 733 107670 783 887 971	108180 30 200 464 631 62 762 800 108050 71 206 60 88 655	85 849
80117 208 695 621 26 61148 288 411 678 643 915 92132	452 628 674 93 99 (300) 800 83058 408 694 808 (300)	94384 (50000) 93 444 85 698 719 82 881 85118 60	305 224 (50000) 414 44 85 698 84 710 43 95 87117 43 830	78 98141 68 477 940 81 83286 465 730 43 821 62	100032 802 864 809174 53380 809731 25 895 638 102183	62 477 622 65 762 74 103072 290 740 104009 697 858 108130	808 622 66 642 108188 86 237 478 733 107670 783 887 971	108180 30 200 464 631 62 762 800 108050 71 206 60 88 655	85 849
80117 208 695 621 26 61148 288 411 678 643 915 92132	452 628 674 93 99 (300) 800 83058 408 694 808 (300)	94384 (50000) 93 444 85 698 719 82 881 85118 60	305 224 (50000) 414 44 85 698 84 710 43 95 87117 43 830	78 98141 68 477 940 81 83286 465 730 43 821 62	100032 802 864 809174 53380 809731 25 895 638 102183	62 477 622 65 762 74 103072 290 740 104009 697 858 108130	808 622 66 642 108188 86 237 478 733 107670 783 887 971	108180 30 200 464 631 62 762 800 108050 71 206 60 88 655	85 849

## Die internationale Bergarbeiterbewegung.

Das Interesse der Bevölkerung in England ist jetzt auf drei Körperchaften gerichtet: auf das Industrial-Council, die Verbände der Grubenbesitzer und die Federation of Miners. Ein allgemeiner Sympathiestreik der Transport- und Verkehrsarbeiter ist nicht zu erwarten, hätte auch wenig Zweck, da durch den großen Mangel an Kohlen der größte Teil der Schifffahrt lahmgelegt ist und eine erhebliche Einschränkung der Eisenbahnfahrten im ganzen Lande statgefunden hat. Eine Behebung der Krise ist in der allernächsten Zeit nicht zu erwarten, es sei denn, die Bergarbeiter treten von der Forderung eines „Minimums“ zurück. Damit wäre aber auch der Zweck des ganzen Kampfes hinfällig geworden. Die Grubenbesitzer zeigen sich überall sehr hochmütig. So hielt u. a. die South-Wales Coalowners' Association in Cardiff eine besondere Zusammenkunft ab, in der von der Londoner Konferenz ein Bericht gegeben wurde, worauf sie in einer einstimmig angenommenen Resolution die Stellungnahme ihres Komitees gutheißt und ausdrücklich hervorhebt, daß man die bestehende Vereinbarung mit den Bergarbeitern für genügend erachte und ganz entschieden gegen den vorgeschlagenen Minimallohn sei. Auch die Scottish Coalowners Association beschäftigte sich zu gleicher Zeit mit dem Bericht des Komitees in einer Konferenz in Glasgow. Ungefähr zweihundert Unternehmer waren anwesend. Auch diese Konferenz entschied sich gegen die Festsetzung eines Minimums. Sie beschäftigte sich auch mit der Stellung der Regierung. Mehrere Redner wandten sich in schärfen Worten gegen die Absicht, die Löhne der Bergarbeiter durch das Parlament festlegen zu lassen. Es herrschte also eine unnahegehige Stimmung unter den hier versammelten Unternehmern. Aber auch die Arbeiterführer erklärten, daß sie an den Lohnforderungen festhalten, die durch nichts zu erschüttern seien. So ist also die Position unverändert. Inzwischen gibt sich die Regierung in Gemeinschaft mit dem Industrial Council alle Mühe, eine Vermittelung zustande zu bringen. Leider genießt das Industrial Council unter den englischen Arbeitern gar kein Vertrauen, denn die in diesem Council sitzenden Arbeitervertreter sind politisch und gewerkschaftlich in der Mehrzahl große Nullen, haben deshalb auch keine Rückversicherung in der Trade Union.

Unter solchen Umständen hat dieses Council nicht die Bedeutung, die es haben würde, wenn die darin befindlichen Arbeitervertreter auch die wirklichen Vertreter der englischen Gewerkschaften wären. Natürlich stellt der Streik und die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit hohe Ansprüche an die Kräfte der verschiedenen Gewerkschaften. Die Nottinghamshire Bergleute erhielten vor einigen Tagen die erste Streikunterstützung. Jede Woche sind nur für diese über 300.000 Mk. notwendig. Die Amalgamated Society of Railway Servants (Eisenbahner) bezahlt bereits so viel Unterstützung an ihre arbeitslosen Mitglieder, daß, wenn man den entlassenen Arbeitssperdient mit hinzurechnet, die Summe auf 400.000 Mk. pro Woche kommt. Die Hafenarbeiter und Seelente sind sicher ebenso stark betroffen.

## Streikwirkungen.

In Cardiff liegen jetzt 67 Kohlendampfer auf. Ladung ist nicht zu bekommen. Genau so sieht es auch in Hull aus. Die Zahl der aufliegenden Dampfer vermehrt sich von Tag zu Tag. Ueber 1000 Hafenarbeiter sind arbeitslos. Allein in Hull, Grimsby und Goole sind etwa 15.000 Transportarbeiter arbeitslos in der Kohlenverladung beschäftigt. Diese werden, wenn keine Vereinbarung in der Kohlenarbeiterstreik zustande kommt, in den nächsten Tagen arbeitslos. Die lagernde Tonnage im Tyne-Dock hat in den letzten Tagen 1/2 Millionen erreicht. Die Seelente beginnen Not zu leiden und die Seemanns-Missionen bemühen sich um Nahrung und Unterkunft für sie. Die Verluste im Tyne-Dock übersteigen schon 600.000 Mk. Ein außerhalb der Union der Bergwerksbesitzer stehendes Bergwerk, die Rhynfall-Gruben in Nord-Wales das 1000 Bergarbeiter beschäftigt, hat die Forderungen des Minimallohnes anerkannt. Nähere Einzelheiten über die Zustände fehlen.

Auch in Dänemark, speziell in Kopenhagen, macht sich der englische Kohlenarbeiterstreik bemerkbar. Die inzwischen von England angekommenen Kohlendampfer werden von den Reedern entweder zu Ostseefahrten verwendet oder es wird jetzt die jedes Jahr übliche Ueberholung vorgenommen. Der letzte angekommene Dampfer von England, der Kohlenkompanie angehörend, sah, als der Streik ausbrach, unter Ladung in Durrland in England. Dieser Dampfer „Dana“, der etwa 2200 Tons Kohlen faßt, konnte nur etwa 800 Tons annehmen und mußte mit dieser Partie abfahren.

Der Zustand im Hafen von Rotterdam (Holland) verschärft sich von Tag zu Tag. Die Anfuhr aus dem westfälischen Industriebezirk ist nahezu ganz eingestellt und die noch vorhandenen Kohlen nehmen bei der gewaltigen Nachfrage in beängstigender Weise ab. So groß ist die Nachfrage nach Bunkerkohlen, daß verschiedene Dampfer die Abreise verzögern müssen, weil sie nicht rechtzeitig mit den nötigen Bunkerkohlen versehen werden können, ein Vorgang, der in diesem Hafen mit seinen modernen Werkzeugen zu den Seltenheiten gehört. Dreißig Dampfer warten in Goel von Holland auf Nachlieferung ihres Bunkervorrats.

In Hamburg verfügen die Gaswerke zwar über reichlichen Kohlenvorrat, doch hält die Direktion der Werke mit Rücksicht auf die englischen Streiks Sparmaßregeln für angebracht und schränkt darum den Verbrauch für Straßenbeleuchtung auf die Hälfte ein.

## Die Lage im Ruhrrevier.

Die Zechenverwaltungen haben eine „unparteiische Stelle“ ausfindig gemacht, durch die sie folgende Mär in die Welt setzen lassen:

Im Ruhrrevier wurden in den letzten Jahren an Löhnen gezahlt einschließlich der Aufwendungen für die Zwecke der sozialen Versicherung 767 Millionen Mark. Eine 15prozentige Lohnerhöhung würde eine Mehrbelastung von 85,7 Millionen Mark von den Zechenverwaltungen beanspruchen. Aber selbst die Erhöhung der Kohlenpreise vom 1. April ab um 80 Pfa. pro Tonne würde, wie von den Zechenverwaltungen versichert wird, nicht ausreichen, um die Lohnerhöhung, die auf eine Tonne eine Mark ausmachen würde, auszugleichen. Die Zechen würden also, wenn sie den Forderungen der Arbeiter nachgeben würden, trotz wesentlich günstigerer Konjunktur schlechter stehen als im letzten Jahre, dessen Ergebnis nicht gerade glänzend gewesen seien. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit würde zudem eine weitere Belastung der Bergbauindustrie eintreten, da eine Verminderung der Arbeitszeit eine Verringerung der Kohlenförderung bedeuten würde. Diese Mittelteilung könne nur durch Vermehrung der Belegschaften wieder ausgeglichen werden, was wiederum eine Erhöhung der Lohnsumme zur Folge hätte. Die beiden Forderungen der Bergarbeiterverbände, so rechnen die Zechenverwaltungen aus, würden eine Mehrbelastung von zusammen 151,3 Millionen Mark ausmachen. Eine solche Mehrbelastung aber könne der Ruhrrevier nicht tragen!

Natürlich, wo hätten denn millionenschwere Kapitalisten jemals ausreichende Arbeiterlöhne zahlen können!

## Die Regierung gegen die Bergarbeiter.

Herr Dr. Delbrück hat es eifrig, den Grubenbesitzern zu zeigen, daß sie auf ihn und die preussische Regierung

abhängen können. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt nämlich am Sonnabend folgende Auslassung: „Nach den letzten Mitteilungen in der Presse scheint ein Streik im Ruhrrevier von den drei vereinigten Bergarbeiterverbänden der freien (sozialdemokratischen), der Christlich-Sozialen und der polnischen Gewerkschaften beabsichtigt zu sein und unmittelbar bevorzuziehen. Diese ernste Wendung der Dinge hat sich erst in den letzten Tagen vollzogen.“

Aus Anlaß der den Zechenverwaltungen bekannten Forderungen der Bergarbeiter haben sich die Grubenbesitzer bereit erklärt, über die Wünsche der Belegschaften in den Arbeiter-Ausschüssen zu verhandeln. Ein Teil der Zechenverwaltungen (zum Beispiel die Heskischen und auch andere) haben solche bereits geführt; der übrige Teil der Grubenbesitzer ist zu Verhandlungen mit den gesetzlich eingerichteten Arbeiterausschüssen bereit.

Auch die Regierung, in deren Namen bekanntlich der Staatssekretär des Innern Dr. Lehbrück am Donnerstag, dem 7. März, mit einigen Reichstagsabgeordneten die Sachlage besprochen hat, hat mit besonderem Nachdruck auf diesen Weg hingewiesen. Unter diesen Umständen konnte erwartet werden, daß durch Verhandlungen in den Arbeiterausschüssen eine Verständigung herbeigeführt werden würde; dies umsomehr, als sich der Streik hauptsächlich um die Lohnfrage dreht, und die Werksbesitzer sich bereit erklärt haben, eine Erhöhung der Löhne, die schon seit längerer Zeit in steigender Richtung sich bewegt haben, einzusetzen zu lassen.

Auch der Christliche Gewerksverein und der Evangelische Bergarbeiterverband, deren besonnenere und ruhigere Haltung in der ganzen Frage besondere Anerkennung verdient, sind der Ansicht, daß es möglich sein wird, auf diesem Wege zu einer Verständigung zu gelangen. Im Gegentrag hierzu werden nach Mitteilung der sozialdemokratischen Presse die für Sonntag, den 10. März, von den drei vereinigten Bergarbeiterverbänden einberufenen Bergarbeiter-Versammlungen es ablehnen, in den Arbeiterausschüssen über die Forderungen zu verhandeln. Damit würden sich diese Verbände unbedingt ins Unrecht setzen. Sie würden sich aber auch weiter ins Unrecht setzen, wenn unter dem Einfluß ihres Beschlusses der Streik am nächsten Montag sofort — also ohne Einhaltung der vertraglichen Abmachung — ausbrechen würde.

Auf wessen Seite sich bei einem solchen, unter Kontraktbruch erfolgten Streik die öffentliche Meinung stellen wird, kann nicht zweifelhaft sein.

Die Regierung wird jedenfalls mit allen gesetzlichen Mitteln die arbeitswilligen Bergleute schützen.“

Der Minister weiß natürlich ganz genau, daß diese Arbeiterausschüsse gesetzlich nicht befugt sind, über Lohnfragen zu verhandeln. Den Grubenbesitzern kommt es nur darauf an, Zeit zu gewinnen, und sofort eilt ihnen die Regierung zu Hilfe.

## Waldburger Beruhigungsspielen.

Auch im Niederschlesischen Bergrevier macht sich eine allgemeine Gärung bemerkbar. Da erscheint nun in dem vom Grubenkapital gegründeten und ausgehaltenen „Waldburger Neuen Tageblatt“ in Fettdruck folgende Notiz:

Obwohl die Kohlenpreise im Niederschlesischen Bergrevier im Durchschnitt noch bedeutend unter dem Stande von 1908 liegen, wollen die Grubenverwaltungen, wie wir hören, vom 1. April ab die Löhne wieder auf den Stand von 1908, das sind die höchsten bisher gezahlten Löhne, bringen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man dieses Entgegenkommen der Grubenverwaltungen als eine Anerkennung dafür ansieht, daß die Arbeiter unseres Reviers sich jetzt trotz wiederholt verfruchteter sozialdemokratischer Aufreizung ruhig verhalten haben.

Bekanntlich schreiben wir jetzt 1912 und ob sich die Waldburger Bergleute zufrieden geben werden, wenn nur die Lohnabzüge der letzten Jahre wieder beseitigt werden, wird die nächste Zeit lehren. Uns deutet, daß die niederschlesischen Grubenarbeiter allen Anlaß haben, durch Lohnforderungen, die beträchtlich über den Stand von 1908 hinausreichen, zunächst wenigstens die Millionen zurückerfordern, die sich die Grubenbesitzer seit jener Zeit in Form zu wenig gezahlter Löhne in ihre Taschen gesackt haben.

Denn wir schreiben 1912!

## Breslauer Schauspielhaus.

Zum ersten Male: „Die Liebeschule“, Operette in 3 Akten von Bela Zimbach und Robert Vohl, Musik von Fr. Korolanyi.

Am Sonnabend hatten sich nicht viel Leute eingefunden, um die neue Operette aus der Taufe zu heben. Man betrachtet heute Novitäten, die aus der Feder von in den weitesten Kreisen unbekanntem Komponisten kommen, mit einem gewissen schalen Blick, als wenn man den Spruch aus dem neuen Testament zitieren wollte: „Freund, wie bist du hereingekommen und hast doch kein hochheilich Kleid an?“ In der Tat hat dieser Autor kein hochheilich Kleid an, aber die Lieddichter — man verzeihe diesen harten Ausdruck — noch weniger. Eine fade, durchsichtige Handlung, die stark an die gleichen Vorgänge im „Billet von Marbonne“ erinnert, nur daß sie bei dem Franzosen Andran knapper und dezenter angebracht wird, wenig Witz und viel Behagen, das sind die Kennzeichen des neuen Werkes, das wohl nur als Vorboten oder Anhängsel eines Schlagers zu betrachten sind. Dazu eine Musik, die weder frisch noch frisch ist, d. h. weder banal oder originell, aber sauber hergerichtet erscheint und hin und wieder Melodien aufweist, welche wir — und wohl auch der Komponist — schon anderweitig gehört haben. So wurde das Vorspiel zum dritten Akt lebhaft applaudiert — jedermann freute sich, einen sehr alten, guten Bekannten gesund und munter, heimatlich wiederzusehen!

Die Aufführung war musikalisch ganz gut vorbereitet; wenn im Dialog nicht alles ineinandergriff, so ist es den vielbeschäftigten und stark belasteten Darstellern nicht zu verübeln; wegen der drei oder vier Vorstellungen lohnt es sich wirklich nicht, die Herrschaften taten aber alles, um der Operette wenigstens einen Vacherfolg zu sichern, und Frau Lang, welche leider etwas ermattet schien — kein Wunder! sowie die Herren St. Heil und St. Heil, die auch das Beste aus ihren Rollen heraus. Mit mehr repräsentativen Partien mußten sich die Damen Munchow und Fidler, sowie Herr Bröckel begnügen, der wieder im Vollbesitz seiner hübschen Mittel war. Die Herren Schara, Brandl und Hertel waren auch in ihren untergeordneten Rollen von gewohnter Zuverlässigkeit. — Das Orchester war recht laut. — Man kann es dem Publikum angesichts der geringen Qualitäten der neuen Operette gar nicht verdenken, wenn es diese „Liebeschule“ — schwänzt. S. M.

## Aus aller Welt.

**Rot und Schwarz.** Hier soll gewiß nicht für oder wieder über ein Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Zentrum geredet werden. „Rot und Schwarz“ ist ein liebliches Spiel, wie es von Spielratten um die mittlernächte Stunde herum gern

gespielt wird. In der förmlichsten Verhandlung des laudablen Vierer-Brosjes hand „Rot und Schwarz“ im Mittelpunkt einer entzückenden Idylle — es war etwa, als wenn ein förmlich unruhiger Unterführer den hochbeimigsten Rekruten seiner Korporation vor der Front umarmte. Der Sitzungsbereicht schildert die Idylle mit folgenden Worten: „Zu v. Manteuffel: Aus den verschiedenen Anzeigen habe ich die Ueberzeugung bekommen, daß die Karten der beiden Farben verschieden bebogen worden sind. Dies hat unter anderem auch ein Herr von Steinacker in seiner Anzeige gesagt, daß die Karten bebogen gewesen waren, und zwar die roten nach oben und die schwarzen nach unten. — Anzeig. Buies: Da kann man ja noch was lernen. Ich habe so etwas noch nicht gesehen. — Vor: Na, dann passen Sie man recht genau auf! (Weiterleil.) — Kommissar v. Manteuffel: Wenn man neue Karten biegt, so hält diese Biegung längere Zeit aus. Der Zeuge sagt nun, vor dem Zeugenstande stehend, wie es sich ermöglichen läßt, die beiden Farben getrennt von einander nach oben bzw. nach unten zu biegen, ohne daß dies besonders auffällt. Nachdem dies geschehen ist, nimmt der Zeuge das Spiel in die Hand und beginnt unter der gespanntesten Aufmerksamkeit der Zuschauer ein „Solospiel“, bei dem er mit ungläublicher Fügigkeit die Farbe der zu ziehenden Karte voraussagt, ohne sich auch nur einmal zu irren.“

It das nicht über die Masken kostbar? Der Angeklagte Buies hat den Gerichtshof schon zu verschiedenen Malen der tiefen und erfruchtlichen Sympathie für De. Land verdient.

Diese Sympathie wird jetzt bis zur Liebeschule steigen, nachdem er mit glänzenden Augen dem Herrn Sachverständigen v. Manteuffel — es war schon mancher Manteuffel in manchem Sachverständigen — einen ganz sunkeimigenen Trick abgelauscht hat. Ein genialer Trick, das Umbringen der Karten! Und einfach, verblüffend einfach! Und erstaunt pläzt Herr Buies in seines Herzens Freude heraus: „Da kann man ja noch was lernen.“ Und der Vorhänger väterlich ermahnt: „Na, dann passen Sie man recht genau auf!“ Herr Buies läßt sich's nicht zweimal sagen. Wer hier im Gerichtssaal für sein späteres Fortkommen etwas profitiert, macht dem Verein zur Unterstützung entlassener Sträflinge weniger Arbeit.

Wenn Herr Buies in späteren Tagen in Ostende oder Monte Carlo, an der Riviera oder in Negegypten mit bistret umgebogenen Karten beim rouge et noir „Kavallieren“ die braunen Tapeten aus der Tasche zaubert, wird er mit Rührung des Moabitier Gerichtssaals, des Sachverständigsten unter den Sachverständigen und des joidalen Vorhänders gedenken.

**Ein eifriger Seelenhirt.** Ein Wagenwärtergehilfe namens Kornprobst aus Unfernherren in der Nähe von Jngolstadt heiratete, nachdem seine frühere Ehe rechtskräftig geschieden war, noch einmal. Da beide Teile katholisch waren, versuchte der Pfarrer des Dorfes auf

die beiden dahin einzuwirken, daß sie ihre Ehe wieder lösten, da sie ein Vergnügen für das ganze Dorf sei. Da die beiden Eheleute darauf nicht eingingen, schrieb der Pfarrer an den Ehemann wie an die Ehefrau Briefe, in denen er ihre Ehe als „Paganie bezeichnete, als „sündhaftes, argerniserregendes Verhältnis“ und sie zur Lösung ihres Verhältnisses unter Androhung des Ausschlusses von den Sakramenten und vom kirchlichen Begräbnis aufforderte. In den Briefen und auf den Kuverts bezeichnete der Pfarrer die Ehefrau mit ihrem vorehelichen Namen. Die Eheleute strengten nun Klage an wegen öffentlicher Verleumdung, da nach den bürgerlichen Gesetzen und nach den gesellschaftlichen Sitten die Ehe des Klägers rechtmäßig sei und daher der Ehefrau das Recht zustehe, den Namen des Mannes zu führen, und sie daher auch von Dritten verlangen könne, daß sie als Ehefrau behandelt werde. Zu den Rechten der Frau gehöre aber auch, daß sie den Namen des Mannes führen dürfe; wer ihr dieses Recht verweigere, verlege ihr Unrecht auf äußere Achtung. Auch der Ehemann könne verlangen, daß seine staatlich und gesellschaftlich zu Recht bestehende Ehe als solche behandelt werde. Der verklagte Pfarrer brachte demgegenüber vor, daß er nach den Vorschriften seiner Kirche nicht anders handeln konnte, da er sonst gegen seine Gewissens- und Amtspflicht verstoßen hätte. Das Gericht schloß sich dieser Ansicht an und sprach den Pfarrer frei unter Ueberbürdung der Kosten auf die Eheleute, da dem Verklagten die Absicht, zu beleidigen, nicht nachzuweisen gewesen sei.

**Fünfzehn Personen ermordet.** In der Stadt Floreshta in Besarabien wurde durch einen bestialischen Massenmörder eine ganze bäuerliche Familie samt den im Hause wohnenden Arbeitern, im ganzen fünfzehn Personen ermordet. Die Polizei hatte sich aus Dbeja Spirhunde kommen lassen und es gelang mit deren Hilfe, den Mörder in dem Bauern Woywensky zu entdecken und aus dem Felde heraus zu verhaften. Der Unmensch hat die Tat bereits eingestanden. Als Motiv gibt er Rache an.

**Salneys Flug Paris—London.** Der Aviatikr Salney welcher auf dem Rückflug von Paris nach London in Chatham wieder aufstieg, mußte infolge einer Motorstörung nicht weit von London bei Dendon abermals niedergehen. Dieser Landung stellten sich große Schwierigkeiten entgegen. Die Landung sollte auf einem Crockettplatz erfolgen. Als Salney beim Niedergehen die Pfähle auf dem Plage sah, wollte er sich wieder mit seinem Apparat erheben. Dieser wurde jedoch durch einen Windstoß niedergedrückt, wobei er sich überflügelte und vollständig gerstört wurde. Salney erlitt nur einige Hautabschürfungen und begab sich bald darauf im Automobil nach Dendon.

**Schwerer Brandkatastrophe in Chicago.** Ein furchtbarer Brand in einem der Heilsarme-gehörigen Kaufe in New-York aus. Dieser und ein daneben liegendes Bogiehaus sind vollständig niedergebrannt. Als man den Brand

- 1865 Eröffnung der Wiener Universität.
1848 Revolution in Wien. Sturz Metternichs.
1906 Der Quadratskalar Rudolf v. Alt in Wien.

Märzfeier.

Das Gedächtnis der Märzrevolution des Jahres 1848 soll in diesem Jahre durch eine Volks- und Festversammlung gefeiert werden, die Montag, den 18. März, im Gewerkschaftshaus abgehalten wird.

Der für den 18. März vorgesehene Frauenabend wird Donnerstag, den 21. März, abgehalten werden.

Die Invalidenhauspflege.

Das heißt die Unterbringung eines Invalidentenempängers auf seinen Antrag in ein Invalidenhaus oder eine ähnliche Anstalt auf Kosten der Invalidentenversicherungsanstalt, ist in den letzten Jahren ständig ausgebaut worden.

Die Zahl der ohne Vermittlung der Versicherungsanstalten in Siechen- und Krankenhäusern, Stiften, Spitälern, Anstalten für Alkoholikranke, Irrenanstalten usw. verpflegten Rentnempänger hat sich von 15 402 am Schlusse des Jahres 1910 auf 17 104 am Schlusse des Jahres 1911 erhöht.

Die Invalidenhauspflege ist jedenfalls die Fürsorgeeinrichtung, die noch der kräftigen Ausgestaltung bedarf. Mancher Invalidentenempänger, der mit der fälligen Rente selbstverständlich nicht auskommt und sonst keine Unterbringung genießt, würde in einer menschenwürdigen Versorgungsanstalt sehr gern seinen Lebensabend beschließen.

Die Ausnahmesteuerung der Konsumvereine.

Der Antrag Hammer im preussischen Abgeordnetenhaus, der eine noch härtere Besteuerung der Konsumvereine verlangt, hat jetzt auch ein Zentrumsblatt, den 'Machener Volksfreund', zum Widerspruch herausgefordert; dieses Blatt schreibt:

Die Besteuerung der Konsumvereinstabatte bedeutet eine weitere Verteuerung der Bedürfnisse der breiten Masse des Volkes. Die augenblickliche Zeit fordert geradezu nach einer Verbilligung der Lebensmittel, da die heutige Höhe derselben schon bedrohlich erscheint und bei schlecht entlohneter Arbeiterkategorie die Unterernährung herbeiführen muß.

Der prägelnbe Pfarrer. Wegen wiederholter Mißhandlung von Schülern hatte sich vor der Strafkammer der Pfarrer Camill Schneider aus Oberach zu verantworten.

Todesprung aus dem Zuge. Am Sonnabend Nachmittag sprang am Rollendorfplatz der Müller Paul Kallweit aus einem Zuge der Hochbahn und wurde gegen einen Pfeiler geschleudert und dabei so schwer verletzt, daß er bald darauf im Krankenhaus, in das man ihn sofort transportierte, verstarb.

Automobilunfall. Zwischen französisch-Buchholz und Schönerrinde im Norden von Berlin wollte der Chauffeur eines Automobils, in dem mehrere Arbeiter einen Ausflug unternahmen, in voller Fahrt einem Bromwagen ausweichen.

Todesprung aus dem Zuge. Am Sonnabend Nachmittag sprang am Rollendorfplatz der Müller Paul Kallweit aus einem Zuge der Hochbahn und wurde gegen einen Pfeiler geschleudert und dabei so schwer verletzt, daß er bald darauf im Krankenhaus, in das man ihn sofort transportierte, verstarb.

Automobilunfall. Zwischen französisch-Buchholz und Schönerrinde im Norden von Berlin wollte der Chauffeur eines Automobils, in dem mehrere Arbeiter einen Ausflug unternahmen, in voller Fahrt einem Bromwagen ausweichen.

Verhaftete Kindesmörderin. 'Journal' meldet aus Parzele: Vor einigen Tagen wurde hier eine Frau, namens

fragen, ob es gerecht und billig ist, die Konsumvereine einer Ausnahmesteuerung zu unterwerfen. Wenn der Reichsanwalt bei den Steuerungsbehörden im Reichstag ausführt, daß derartige mehr eine, der dem Volke billige Lebensmittel beschaffe, als der, der stets über die Verzehrerheit der Wirtschaftspolitik kritisiert, so hat er damit den Konsumvereinen in ihrer Tätigkeit unbeschränktes Lob gesendet.

Es ist sehr erfreulich, daß hier ein Zentrumsblatt die neuen preussischen Steuerpläne kennzeichnet und vor allem ihren Ausnahmeharakter feststellt. Hoffentlich wirken die Arbeiterabgeordneten innerhalb der Zentrumsfraktion ebenso entschieden.

Erweiterung des Unterstützungswesens im Malerverbande.

Eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung, die am Sonntag im Unionskaale abgehalten wurde, befaßte sich eingehend mit dem 'Reichsstarifvorlage' und den Unterstützungseinrichtungen des Verbandes. Kollege Widam hatte das Referat übernommen.

Vor der Bauzeit.

Die Arbeitsmarkt-Korrespondenz schreibt: Soweit ein Heberblick über die bautechnischen und privaten Bauprojekte für das Jahr 1912 möglich ist, kann im allgemeinen mit einer ziemlich lebhaften Bautätigkeit gerechnet werden.

Tragend dürfte das Langwache in der kommenden Saison keinen allzu hohen Stand haben. In den ländlichen Bezirken muß mit einer ganz wesentlichen Einschränkung der Bautätigkeit gerechnet werden, da die Landwirtschaft im Vorjahre erhebliche Verluste erlitten hat und zunächst daran denken muß, die Viehbestände wieder zu ergänzen.

Martin, nekalte, die hier zwei Kinder entführt haben sollte. Der Untersuchungsrichter hat die Gewißheit erlangt, daß dieselbe Frau die Räuberin noch von drei anderen Kindern ist, die vor längerer Zeit spurlos verschwunden waren.

Don Erdbauern verächtet. Mehrere 100 arme Leute, welche auf einer verlassenen Ziegelei bei Sheffield Kohlen suchten, wurden von einem Erdrutsch überrascht.

Nach Hinterlassung von Schulden geächtet. Der Lederwarenfabrikant Rudolf Pollak in Wien ist nach Hinterlassung von Schulden, die sich auf über 1 Million Mark belaufen, verhaftet worden.

Automobilunfall. Auf der Landstraße Rassel-Grankfurt kollidierte unweit der Stadt Rassel das Automobil des Medizinalrates Ohnacker mit einem Fuhrwerk.

Serenteilt. Dem Jugendgericht Chemnitz wurde der 17-jährige Arbeiter Karl Gruber, der seine Stiefmutter durch vier Weibchen tödlich verletzte und sodann das Monatsgehalt seines Vaters raubte, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Metzyl-Alkohol-Vergiftungen. Ein Gegenstück zu dem großen Nihilistenstehen hat sich, wie erst jetzt durch die Berliner Kriminalpolizei angedeutet wurde, unter den Kunden einer Gastwirtschaft in der Dorfstraße zugetragen.

Der Verlauf der Bautätigkeit in der kommenden Saison wird stark von der Lage des Geldmarktes abhängen. Die Wahrung des Reichsbaupräsidenten an die Großbanken, die der Industrie und dem Handel gewährten Kredite einzuschränken, wird die großen Geldinstitute zu einer gewissen Zurückhaltung veranlassen.

Gerade jene großen Gesellschaften, die in letzter Zeit den Leitern der Großbanken ernste Sorgen machten, haben durch ihr rücksichtsloses Vorgehen bei den Subventionen usw. dazu beigetragen, das Baugeschäft wenig einblühend zu gestalten.

Das muß besonders betont werden in einer Zeit, die sich in der Bekämpfung des Bauschwindels nicht genug tun kann. Die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen wurde bisher gerade von den größeren Baugesellschaften am lautesten gefordert, weil dadurch das Baugeschäft dem Großkapital vornehmlich vollkommener ausgeliefert wird.

Gerade Sparbanken und Versicherungs-Gesellschaften waren bisher die wichtigsten Geldgeber am Ersparenmarkt. Durch das umfangreiche Papiergeldausgeben des Reiches und der Einzelstaaten zu Beginn des Jahres 1912 sind dem Ersparenmarkt bereits große Kapitalien entzogen worden.

Ob auch die Arbeitslöhne wesentlich gesteigert werden müssen, ist noch fraglich. Bei der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung kann im Baugewerbe wie anderwärts mit erhöhten Lohnforderungen gerechnet werden.

An unsere Leser. Wir teilen mit, daß die Bilder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für 50 Pfennige in der Volkswacht-Buchhandlung wieder zu haben sind.

Lehrer-Giltsarbeiter! Alle Breslauer Eisenfabriken und Eisenhandlungen sind für Hilfsarbeiter als gesperrt zu betrachten, da die Unternehmerorganisation sich weigert, über den eingereichten Tarif mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln.

Achtung, Stukateure! Bei der Firma Schaffaßky in Kattowitz sind Reparaturen ausgeschrieben. Das Auftragen nach Arbeit bei dieser Firma ist daher zu unterlassen.

Die Breslauer Gewerkschaften. Zu dem Anruf unter dieser Überschrift in der Sonntagnummer wird uns vom Vorstand des Schmiede-Verbandes mitgeteilt, daß keine Breslauer Zahlstelle 1911 nicht 50 Mitglieder verloren, sondern 75 gemessen hat.

Der städtischen Hofverwaltung stehen für den Umschlagverkehr auf der nördlichen Seite des Hofbeckens längs der Speicher 6 und 7 nur zwei Kräne (Dampfkran) zur Verfügung, die auch dem Verkehr an dem unbauten Ufer zwischen Speicher 6 und Speicher 4 zu dienen haben.

Todessturz einer Fliegerin. Die neunzehnjährige Fliegerin Suzanne Wernard unternahm im Aerodrom von Villers-aux-Bois einen Ausflug, um das Pilotenzeugnis zu erwerben.

Ein Schilfbürgerkindlein. Folgendes, trotz seiner Trauil höchst amüsanter Geschichte wird der 'Intern. Korresp.' von einem Mitarbeiter mitgeteilt: Die Stadtpolizei des altchermüßigen Posenstädtchens Fricklar haben einen Beschluß in die Tat umgesetzt, der ihrer Intelligenz alle Ehre macht.

Ein Schilfbürgerkindlein. Folgendes, trotz seiner Trauil höchst amüsanter Geschichte wird der 'Intern. Korresp.' von einem Mitarbeiter mitgeteilt: Die Stadtpolizei des altchermüßigen Posenstädtchens Fricklar haben einen Beschluß in die Tat umgesetzt, der ihrer Intelligenz alle Ehre macht.

Ein Schilfbürgerkindlein. Folgendes, trotz seiner Trauil höchst amüsanter Geschichte wird der 'Intern. Korresp.' von einem Mitarbeiter mitgeteilt: Die Stadtpolizei des altchermüßigen Posenstädtchens Fricklar haben einen Beschluß in die Tat umgesetzt, der ihrer Intelligenz alle Ehre macht.

Ein Schilfbürgerkindlein. Folgendes, trotz seiner Trauil höchst amüsanter Geschichte wird der 'Intern. Korresp.' von einem Mitarbeiter mitgeteilt: Die Stadtpolizei des altchermüßigen Posenstädtchens Fricklar haben einen Beschluß in die Tat umgesetzt, der ihrer Intelligenz alle Ehre macht.

Ein Schilfbürgerkindlein. Folgendes, trotz seiner Trauil höchst amüsanter Geschichte wird der 'Intern. Korresp.' von einem Mitarbeiter mitgeteilt: Die Stadtpolizei des altchermüßigen Posenstädtchens Fricklar haben einen Beschluß in die Tat umgesetzt, der ihrer Intelligenz alle Ehre macht.

Ein Schilfbürgerkindlein. Folgendes, trotz seiner Trauil höchst amüsanter Geschichte wird der 'Intern. Korresp.' von einem Mitarbeiter mitgeteilt: Die Stadtpolizei des altchermüßigen Posenstädtchens Fricklar haben einen Beschluß in die Tat umgesetzt, der ihrer Intelligenz alle Ehre macht.

Beschlossen die Breslauer Buchdrucker in ihrer nächsten Generalversammlung beim Bau des Gewerkschaftshauses anzulegen. Da die Mitgliederzahl des Verbandes am Orte rund 900 beträgt, so entfallen auf den Kopf des organisierten Buchdruckers 11 Mark und die Kollegen von der schwarzen Kunst haben sich damit an die Spitze aller E spender für das Gewerkschaftshaus geschwungen.

Alle übrigen aber, die noch willens sind, unserem Baufonds etwas zuzuwenden, werden in ihrem Eifer nicht erlahmen. Je mehr Geld wir aus unserem eigenen Kreise zusammenbringen, um so unabhängiger werden wir vom Kapital und um so fester kann das Werk ausgeführt werden, das der Stolz der Breslauer Arbeiter werden soll. Schließlich muß ja außer dem Bau noch für vieles andere gesorgt werden, eine standhafte und angemessene Einrichtung, sodas jeder Anteilnehmer heute wie früher seinen großen Nutzen stiftet.

Gemeindevertreterwahlen im Landreise.

In Wetzlern ist am Sonnabend Genosse Hermann Pippel als Vertreter der 3. Abteilung mit 33 Stimmen auf ein Jahr gewählt worden. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. In der 2. Klasse wurde Herr Ernst Witz mit sechs Stimmen wiedergewählt und Herr August Arbeiter in der 1. Klasse mit drei Stimmen neugewählt. Im Wahlvorstand saßen zwei unter Genossen.

Ganz anders gestaltete sich die Wahl in Groß-Mochbern. Dort hatten sich die Genossen schon vor zwei Jahren an der Wahl beteiligt, aber keine gültigen Kandidaten gefunden. Diesmal sollte ein Streikbesitzer gewählt werden, und die Arbeiter hatten sich deshalb sehr zahlreich eingefunden. Der Herr Gemeindevorsteher erklärte aber, es ist ein Besitzer zu wählen. Bei der Wahl selbst ist insofern gegen die Wahlvorschriften verstoßen, als keiner der aufgerufenen Wähler an den Wahlstisch herantrat, um den Kandidaten zu nennen. Das Lokal war sehr klein und niemand konnte aus den dichten Reihen heraus. Es kam deshalb vor, das einige Wähler aus Versetzen für andere stimmten. Unser Genosse Blaschke erhielt 84 Stimmen, der Gegenkandidat Schüke 14. Wegen der vielen Verstöße werden unsere Genossen gegen diese Wahl Einpruch erheben.

Nach der Reichstagswahl gibt es für uns Sozialdemokraten kein Ausruhen; es muß unermüdet weiter gearbeitet werden. Das gilt in erster Reihe für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins. In den monatlichen Zahlabenden treffen sich die Genossen und Genossinnen zur notwendigen Schulung und Weiterbildung. Heute Abend wird der März-Zahlabend in den bekannten Lokalen abgehalten; alle Mitglieder sollten ihn besuchen. Die herrschenden Gewalten können unsern großen Wahlsieg nicht verwinden und verfolgen uns mehr als je. Da müssen auch wir alle Kräfte aus äußerster Anspannung. Fehle also niemand. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. In der Sitzung am nächsten Donnerstag dürfte die Beratung der Einzelrats beginnen; nicht weniger als fünfzig Haushaltspläne der verschiedenen Verwaltungen stehen auf der Tagesordnung, die deshalb sehr umfangreich ist. Von den neuen Vorlagen ist besonders zu erwähnen der Antrag auf Einführung der Arbeiterwochenkarten bei der städtischen Straßenbahn und das Gutachten des Finanz-Ausschusses über die Lieferung von elektrischem Strom.

Die Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben sind durch das Ausnahmeregiment fast zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Gruppenwahl und anderes verhindern schon eine gute Zusammenlegung der Ausschüsse. Der Schriftführer im Ausschuss, also der wichtigste Arbeiter, muß das Sitzungsprotokoll wort in der Ausschuss-Sitzung anfertigen; das kann er natürlich nicht und deshalb können die Ausschüsse nicht die Gründe für ihre Anträge der Stadtverwaltung angeben. Das genügt aber manchen Betriebsleitungen noch nicht; sie versuchen, die Arbeiter bei der Zusammenlegung der Ausschüsse zu heimsuchen. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Verwaltung eine Aufstellung der Kandidaten für die Straßeneiniger vorgenommen. Für die Betriebsverwaltungen müßte es aber eine ganz selbstverständliche Pflicht sein, sich um diese Dinge nicht zu kümmern. Wenn sich die Beamten solche Einwirkungen auf die Wahl der Ausschüsse erlauben dürfen, dann hat man wirklich kein Recht; die Ausschüsse als Vertretungen der Arbeiter zu bezeichnen. Offenlich forciert der Magistrat dafür, daß der Marktallverwalter den Standpunkt klar gemacht wird.

Eine Döcker-Baracke, die auf dem freien Platze hinter der Barbakarische errichtet werden soll, wird vom Magistrat als unbedingt notwendig bezeichnet. Er hat schon bei verschiedenen Anträgen ausgeführt, daß unter anderem auch die Polikliniken der beiden inneren Abteilungen des Allerheiligen-Hospitals räumlich sehr mangelhaft untergebracht sind. Die Räumlichkeiten sind so beschränkt, daß immer nur die Untersuchung eines Kranken vorgenommen werden kann. Deshalb müssen die Besucher ungebührlich lange auf Abfertigung warten. Dieser Zustand ist aber jetzt ganz unhaltbar geworden, nachdem der Besuch der inneren Polikliniken des Hospitals nach Auflösung der medizinischen Unterstützungsanstalt am Burgfelde außerordentlich angewachsen ist. Der Magistrat hat sich vergeblich bemüht, den Uebelstand zu beseitigen. Den günstigsten Ausweg bietet nach seiner Ansicht die Aufstellung einer Baracke, weil diese auch später nach den Hospitalbauten Verwendung finden kann, um bei größeren Renovationen in einzelnen Krankenzimmern die Kranken vorübergehend darin unterbringen zu können. Die gesamten Kosten der Baracke sind auf 15.400 Mark veranschlagt.

Eine neue Sparkassen-Nebenstelle will der Magistrat auf der Gräbichenerstraße errichten. Er sagt in der Begründung seiner Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung a. a. : Die neue Nebenstelle soll nicht nur den Bewohnern des westlichen Teiles der Schweidnitzer Vorstadt eine bequeme Spargelegenheit bieten, sie soll auch die dringend notwendige Entlastung der Nebenstelle IV herbeiführen, die in der Markthalle auf der Gartenstraße untergebracht ist. Für die neue Sparkassen-Nebenstelle sollen im Hause Gräbichenerstraße 81 geeignete Räume gemietet werden. Die jährliche Miete beträgt 2250 Mk.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Gelbmetallindustrie. Dienstaag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses: Branchensammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Beschlußfassung über die Walfeste 1913. 3. Branchenanliegenheiten. Die Branchenleitung.

Zur Ausperrung der Walfschneider.

Im Bureau des Schneiderverbandes haben sich im Laufe des heutigen Vormittags etwa 100 ausgesperrte Gehilfen gemeldet. Der Aussperrungsbeschluss des Arbeitgeberverbandes ist demnach, wie zu erwarten stand, nur in sehr unvollständiger Weise befolgt worden. Die Firmen, die sich vom Arbeitgeber-Verbande zu der Aussperrung verhalten ließen, werden lediglich den Schaden haben.

Kein Austerkeller. In der Stadtauschieß-Sitzung vom 9. März wurde wiederum über das Gesuch des Kaufmanns Schwärze verhandelt, der wie bekannt, im Erdgeschoss seines Grundstücks Schweidnigerstraße 6 einen Austerkeller zu errichten gedachte. Sowohl die Baupolizei wie der Bezirksausschuss verhielten sich ablehnend. Magistrat und Polizei erklärten sich gegen die Errichtung der Konzession. Nachdem Baupolizei und Bezirksausschuss sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß sich die Räume zum Aufenthalt von Menschen nicht eignen, mußte auch der Stadtausschuss die Genehmigung verweigern.

Achtung, Brauereiarbeiter! In Namslau hat die Brauerei von P a s e l b a c h heute früh 42 Brauereiarbeiter entlassen, weil sie sich dem Verbands der Brauereiarbeiter angeschlossen haben. Zuzug nach Namslau ist fernzuhalten.

„Kleine, weiße Sklaven“ lautete das Thema, in dem Schwester Henriette W r e n d t, die ehemalige Stützgarter Polizeiaffistentin, im Auftrag der hiesigen Ortsgruppe des Bundes für Mütterchutz, auf Grund eigener gesammelter Erfahrung den umfangreichen Kinderhandel in Europa und vor Augen führte. Sie sagte etwa folgendes: Groß ist das Elend des Mannes, größer das Elend der Frau, am größten das Elend des Kindes. Trotzdem wir im sogenannten Jahrhundert des Kindes leben, müssen unzählige Kinder namenlose Leiden erdulden. Während zur Bekämpfung des Mädchenhandels seit 1899 Organisationen bestehen, wird der Kinderhandel, ob absichtlich oder unabsichtlich, durchaus nicht bestraft, obwohl er in großem Umfange besteht und das gleiche Unrecht auf Bekämpfung hat wie der Mädchenhandel. Die Rednerin unterscheidet vier Arten von Kinderhandel: erstens die Engelmacherei, der meistens, wie übrigens auch bei den anderen Arten, uneheliche Kinder zum Opfer fallen; zweitens die vom pelvischen Vorteil getriebene Abgabe von Kindern gegen eine einmalige Abfindungssumme; drittens der Verkauf von Kindern zu Unzuchtzwecken das heißt ihre Auslieferung an Bordelle; viertens die bezahlte Vermietung, auch vielfach der Verkauf von Kindern an Wettler, die, je elender die Kinder sind, ein desto schwingenderes Geschäft mit ihnen machen. Für alle diese Arten des Kinderhandels führt Schwester Henriette Wrendt eine Anzahl der grauigsten Fälle vor, die ungestraft in unserem Rechtsstaate geschehen, während jedes noch so geringfügige Vergehen geahndet werden muß. Es ist bedauerlich, daß sich eine Reihe von Zeitungen durch Aufnahme von Inseraten zu Organen für den Kinderhandel hergeben; es wäre Pflicht eines jeden anständigen Lesers, diese Blätter zu boykottieren. Wir können erst dann von einem wahren Jahrhundert des Kindes sprechen, wenn der Staat auch die unehelichen Kinder schützt, die ebenso wie die ehelichen zu Staatsbürgern heranwachsen, wenn er Gesetze schafft, die nicht nur vom Verstande, sondern auch vom Gemüte diktiert sind, kurz, wenn die Gesetzgebung den Verkauf von Kindern verbietet. In der sich an den anregenden und erschütternden Vortrag anschließenden Aussprache wurden besonders die Breslauer Verhältnisse beleuchtet, und wir tragen den Eindruck davon, daß von der städtischen Behörde und der privaten Fürsorge wirksame Maßnahmen getroffen werden, um das Elend der unehelichen Kinder zu vermindern.

Schwerer Unfall. Am Freitag nachmittags kurz nach 2 Uhr war der bei der Schlestischen Dampfer-Kompagnie, Lange-gasse 19/23 angestellte, Westendstraße 45 wohnhafte Arbeiter P a m p e l damit beschäftigt, Holzstämme von einem Kran auf einen Rollwagen zu laden. Durch irgend einen unglücklichen Zufall kam einer der bereits auf dem Wagen liegenden Stämme ins Rollen. Pampel, der dies bemerkte, wollte den Stamm aufhalten, war dies aber nicht imstande. Der Stamm fiel herab und traf ihn so unglücklich, daß er hilflos liegen blieb. Sofort herbeigerufene Samariter der Feuerwehr stellten Bruch des linken Unterbeins fest, legten dem Verunglückten einen Notverband an und schafften ihn mittels Krankenwagens der Feuerwehr in das Allerheiligenhospital.

Brandunglück. Am Sonnabend nachmittags gegen 5 1/2 Uhr ist in der Wohnung des Steinsehers R o s e s c h, Laurentiusstraße 6, ein Stubenbrand entstanden, der durch das Sprengen mit Streichhölzchen verursacht worden war. Ein dreijähriges Mädchen, das in der Wohnung allein zurückgelassen worden war, hatte den Brand verursacht und dabei veratmete Verletzungen davongetragen, daß es von der Feuerwehr, die den Brand mit der Eimerfontäne abblöhte und dem verletzten Mädchen einen Notverband anlegte, in die Chirurgische Klinik eingeliefert werden mußte.

Rohe Vergewaltigung. Am vergangen Montag ist in das Wenzel-Pancke-Krankenhaus das Vohlgasse 30 wohnhafte Mädchen Anna S. eingeliefert worden, das nach seiner Angabe das Opfer einer rohen Vergewaltigung geworden ist. Es erzählt, am Sonntag abend, zwischen Kurafierstraße und Galtbrunnen von 6 Männern überfallen worden zu sein. Vier von ihnen hätten es vergewaltigt und als die rohen Wunden von ihr abließen, hätten sie sie noch zuvor ihres Geldes beraubt, worauf sie die Flucht ergriffen hätten.

Ueberfahrenes Kind. Am Sonnabend wurde auf der Reichstraße durch einen Radfahrer der siebenjährige Knabe Walter überfahren; das Kind erlitt einen Unterschenkelbruch.

Schwerer Straßenunfall. Am Sonnabend nachmittags prallte ein radfahrender Schlossergehelle auf der Blücherstraße gegen einen Straßenbahnwagen. Er kam zu Fall und erlitt Verletzungen am Kopf und an der linken Hand.

Verunglückter Tagameterfischer. Ein Tagameterfischer prallte am Sonntag nachmittags beim Ueberfahren der Kaiserbrücke an einen Brückenanker. Der Stoß war ein so starker, daß der Fischer kopfüber auf die Straße stürzte und benennungslos liegen blieb. Auch sein Pferd stürzte und brach sich das rechte Hinterbein. Samariter der Feuerwehr, die herbeigerufen wurden, wollten nach Anlegen eines Notverbandes den Fischer mittelst ihres Krankenwagens nach dem Hospital schaffen; dagegen sträubte sich dieser so aus Entschiedenheit und sie brachten ihn daher in seine Wohnung. Das verunglückte Pferd wurde mittelst Wagen des Tierchutzvereins fortgeschafft.

Vermißt wird seit dem 5. März das 14 Jahre alte Dienstmädchen Emma K e l l e r, das zuletzt Böschstraße 7 wohnte. Das Mädchen ist 1,68 Meter groß, schlank, hat blondes Haar, blaue Augen und trug grünen Mantel und blaue Zelleremühe.

Die Schlafstellen Diebin, die, wie berichtet, seit einiger Zeit unter verschiedenen Namen und in verschiedenen Stadt-gegenden ihr Diebesgewerbe betrieb, ist in der Person der Marie Weinert ermittelt und festgenommen worden. Nicht weniger denn 20 Diebstähle sind ihr bisher nachgewiesen.

Einbruch. In der Nacht zu Montag ist in dem Hause Laurentiusstraße 81 ein Doppelseinbruch ausgeführt worden. Die Diebe sind zunächst in das im Hause befindliche Wäschegestell eingebrochen und haben dort eine Menge Wäsche und 20 Mark bares Geld abgehohlet. Sodann haben sie auch einer Privatwohnung Besuch abgestattet, wo ihnen aber nur 5 Mark Geld in die Hände fielen.

Gefunden wurden ein Zwanzigmarkschein, 10 Mark bares Geld, eine schwarze Federboa, eine Halskette mit Anhänger, eine Wagenverchlüsselschlüssel, ein Schlüsselbund, ein Hundemantel, drei Portemonnaies mit Inhalt, Stücker zu einem Tisch-läufer, ein gelbes Federfutteral, eine Damenubr. Zu erfragen im Fundbureau des Polizeivorkamms.

Neueste Nachrichten.

Zum Streik der Grubenarbeiter.

Deutschen OS., 11. März. Von den fünf Bergarbeiter-Organisationen, Gewerkschaft der christlichen Bergarbeiter Deutschlands, Gewerkschaft der Bergarbeiter in Oberhausen, Verband der Bergarbeiter Deutschlands in Bochum, Verband der katholischen Arbeitervereine und der polnischen Berufsvereineigung wurden am Sonntag in etwa fünfzig Orten des ober-schlesischen Industriegebietes Versammlungen abgehalten, in denen die Streikfrage in England, die Bewegung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet sowie die von den ober-schlesischen Bergarbeitern bei den Verwaltungen gestellten Forderungen besprochen wurden. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da zunächst die Antwort der Bergverwaltungen auf die Forderungen der Arbeiter abgewartet werden soll.

Bochum, 10. März. Der sozialdemokratische alte Verband hat folgendes Flugblatt herausgegeben:

Nachdem die Zechenverwaltungen des Ruhrbezirks, die selbst vom christlichen Gewerkschaft als berechtigter anerkannter Forderungen der Ruhrbergleute abgelehnt und auch den Ausschüssen in den letzten Tagen nichts Bestimmtes versprochen haben, hat die in Erne stattgefundene Konferenz, die von etwa 600 Delegierten besucht war, beschlossen, in den Streik zu treten. Kameraden! Nie war die Zeit so günstig, etwas zu erreichen als jetzt, denn die englische Kohlenfuhr ist durch den englischen Meeresstreik ganz abgebrochen. Die Konferenz richtet an alle Ruhrbergleute den dringenden Appell zur Besonnenheit, Ruhe und Disziplin. Gleichzeitig verpflichtet die Konferenz alle Ruhrbergleute zur strengen W e i d u n g des Alkohols. Hoch die Einigkeit und Disziplin der Ruhrbergleute!

Bochum, 10. März. Bis heute abend 9 Uhr lagen beim sozialdemokratischen alten Verband Berichte von 69 Versammlungen der Bergarbeiter, die von 140.000 Personen besucht waren, vor. Es ist demnach mit einem Gesamtbesuch von 150.000 Mann in den 80 abgehaltenen Versammlungen zu rechnen. Die Streikparole wurde allenthalben mit großer Begeisterung aufgenommen. Die Versammlungen waren zum Teil überfüllt, sodas mehrfach Parallel-Versammlungen veranstaltet werden mußten. In den meisten Versammlungen nahmen auch christliche Bergarbeiter teil, die sich mehrfach an der Debatte beteiligten. Sie erklärten, daß sie unter keinen Umständen Streikbrecher würden. Sie würden gerade so gut für einen besseren Lohn mitkämpfen wie die anderen Kameraden. Die Versammlungen sind über 11 nicht verlaufen.

Zwickau, 10. März. Nachdem die Bergwerksber-waltungen die Bergbauktionen mit den Organisationsab-gesellschaft hatten, fand heute Sonntag eine von etwa 1500 Bergarbeitern besuchte öffentliche Versammlung statt, in der die von den Grubenverwaltungen und Organisations-leitern aufgestellten Forderungen für gut befunden wurden. Die Versammlung beauftragt die Arbeiterausschüsse der Werke, bis spätestens Dienstag, den 12. d. Mts., eine Etikung einzubringen, in der sich die Werke erklären sollen, welche Zugeständnisse sie zu machen gedenken.

Ein Dampfer mit Kriegskontrebande beschlagnahmt.

Dänischen 11. März. Der Dampfer Viktra, von Dan-bura kommend, landete hier 70 Kisten, in denen sich elektrische Apparate befanden sollten. Eine genaue Durchsicht der Kisten ergab jedoch, daß diese Kriegskontrebande für Marokko, bestehend aus Mauerabwehren sowie 250.000 Patronen, enthielten. Die Kisten wurden von den Zollbeamten beschlagnahmt. Eine genau Untersuchung der Angelegenheit ist eingeleitet.

Der Nachfolger Aubrijs.

Rom, 11. März. Vizeadmiral Farabelli und Vizeadmiral Viale hatten gestern mehrere Besprechungen mit dem italienischen Kriegsminister. Heute wird Vizeadmiral Farabelli von dem italienischen Ministerpräsidenten Giolitti empfangen werden, und sich dann nach Tarent begeben, um das Oberkommando über die Flotte anzutreten.

Blutiger Kampf am Jemen.

Konstantinopel, 11. März. Aus dem Jemen wird amtlich gemeldet, daß der Häuptling der Seifool Moukt, Mohamed Hadji, den zu Italien haltenden Stamm Dichtman besiegte und zur Unterwerfung gezwungen habe. Alle italienischen Dementis seien falsch.

Die Wirten in Mexiko.

New York, 10. März. Die mexikanische Regierung vereinigt bei Coahuila 10.000 Mann Truppen, die sich dem auf-rührerischen General entgegenstellen und Orozco besetzen sollen. Man erwartet eine entscheidende Schlacht.

Versammlungen und Vereine.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

- Der Zahlabend ist Montag, den 11. März abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen:
Distrikt 1 (Galtbr.) Friedebachstr. 50a, Ref. Gen. Philipp.
2 (Sauerbr.) Vitoriastr. 34, Ref. Schuetzowind.
3 (Gräbich. Vorst. südl.) Gräbichenerstr. 74, Referent Genosse W. D. z.
3a (Gräbich. Vorst. nördl.) Siebenhufenstr. 19, Ref. Genosse Senf.
4 (Mitolaitor), Schweidnitzerstr. 23, Ref. Gen. Nidel.
6 Leuthenstr. 12/14, Ref. Fr. Gellrich.
7 Fidebrandstraße 28, Ref. Gen. Döblich.
8 (Oberfor.) Tanaegasse 62, Ref. Gen. Alf. Richter.
8a (Oberfor.) Mehlgasse 52/54, Ref. Gen. Goldschmidt.
8b Reichshausstr. 33, Ref. Gen. Bartisch.
9 Michalestr. 3, Ref. Gen. G. Wolff.
9a Heinrichstr. 5, Ref. Gen. Reinelt.
10 (Sandtor), Delsnerstr. 8, Ref. Gen. Neultrich.
11 Witzschstr. 26, Ref. Gen. Darf.
12 (Scheitn. Vorst.), Paulstr. 42, Ref. Gen. Oronst.
13 (Scheitn. Vorst.), Dirschstraße 68, Ref. Gen. Winge.
14 (Ohlauer Tor), Königgräberstr. 10, Ref. Ueberhold.
15 Gewerkschaftshaus, Ref. Gen. Frau Lehrens.
16a Laurentiusstr. 92, Ref. Gen. Locus.
16 (Streblener Tor), Dudenstr. 80, Ref. Gen. Borsig.
16a (Vohrauer Tor), Vohrauerstr. 70, Ref. Gen. Kurtz.
17 (Schweidnitzer Tor südl.) Neudorfstr. 92, Ref. Gen. Müller.
17a (Schweidnitzer Tor nördl.) Neudorfstr. 65, Referent Genosse Hermann.
18 (Innere Stadt östl.), Reherberg 7, Referent Genosse Frau Parafsch.
19 (Innere Stadt westl.), Kupfersteinstraße 21, Ref. Genosse Ritter.
Wahlbezirk 6 (Wöpelwitz), Wöpelwitzstr. 23, Ref. Gen. Schütz.
10 (Gräbich), Dorfstr. 27, Ref. Gen. Peudert.
11 u. 12 (Kleinburg), Weierhofstraße, Referent Gen. Ziegler.
14 (Gerdahn, Dürrgoy), Galle, Hippelstraße, Referent Genosse Szwig.
Nur Mitglieder haben Zutritt. Das Mitgliedsbuch leitmetert. Vollständiges Erscheinen erbitet Der Vorstand.



Preussisches Abgeordnetenhause.

33. Sitzung. Sonnabend, den 9. März, vormittags 11 Uhr.

Von Ministerpräsident: v. Breitenbach, Der Bauetat.

Abg. Dr. Mähling (nall.): Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab. Wir wollen keine Arbeiterbaukontrollen. Die Bedingung der Wohnungsfürsorge für Bauarbeiter auf dem Lande würde die Bauten verzögern. Die Schutzvorschriften können nicht für das ganze platte Land verallgemeinert werden. Das kommt für uns natürlich gar nicht in Frage. Der Redner tritt dann für die Mosele- und Saarkanalisierung ein.

Minister v. Breitenbach wendet sich gegen diese Ausführungen, der von ihm abgelehnten Kanalisierung, für die die Tarifermäßigungen für Kohle, Koks und Erz und eventuell eine Ruhr-Mosele-Bahn vollen Erfolg bringen werde, ohne daß die Staatsbahn den sonst unumgänglichen großen Einnahmeausfall von 33 Millionen erleiden.

Abg. Lipmann (Vst.): Die Schiffahrtsabgaben dürfen nicht die ganzen Vorteile der Schiffahrtverbesserungen aufschöpfen. Völlig verkehrt wäre es von uns, durch einen Mass-Schleuse- und einen Ems-Weiser-Kanal die Entwicklung Emdens zum Handelsemporium und die Hamburgs zu Gunsten Antwerpens zu durchkreuzen. Die Mosele- und Saarkanalisierung wird nicht aufzuhalten sein. Die 250 Millionen Bauetat des Rhein-Damoverkanals sind um 25 Millionen zu erhöhen, zumal beim Grundvertrag. Für die Kanäle die Entwicklung von 40.000 T. für Förderung der Schiffahrt, aber - Lust- und Erholungsabgaben würden uns die Sache vereiteln.

Abg. Dr. Hahndorfer (Nst.) fragt über Mißstände im Zulassungswesen. Abg. v. Wappenheim (son.) will aus den Schiffahrtsabgaben niemals eine Einnahme machen, sie sollen nur ein gerechter Ausgleich für Aufwendungen sein. Die Kostenübernehmungen beim Grundvertrag am Rhein-Hannover-Kanal wären vielleicht durch Expropriation zu vermeiden gewesen. Aber wir verstehen es, wie schwer sich jeder von seiner Scholle, von der Stätte, wo er ansaß und wo er das Gelände erneuert haben, trennt. Und dann müßte doch auch die Zukunft derjenigen gesichert werden, die ihre Scholle verlassen mußten. (Beih. Zustimmung rechts.)

Minister v. Breitenbach: Daß das Schiffahrtsabgaben-Verkehr nur verkehrsbedingende Abgaben hat, wird uns bei der für das nächste Jahr geplanten Regulierung der Oder zeigen. Der Ausbau des Rührerhafens von Westermünde werden wir immer bereit sein, Mittel zur Verfügung zu stellen. Wenn ich rufen dem Abg. Lipmann erwidere, daß die Kanalisierung Wert darauf legt, direkt mit ihren Arbeitern ohne Vermittler zu verkehren, so folgt daraus nicht, daß die Eingänge eines Gewerkschaftssekretärs an das Kanalbauamt etwa unter den Tisch fallen müßte. Wir wollen wohl den unmittelbaren Verkehr mit den Arbeitern aufrechterhalten, aber wir wollen Mängel abstellen, die zu unerer Kenntnis kommen, von welcher Seite es auch sei.

Abg. Hirsch (Nst.) polemisiert gegen den Abgeordneten Mähling in Sachen der Mosele- und Saarkanalisierung, die nur reichen Leuten, die es nicht nötig haben, geben solle.

Abg. Schreiner (Nst.): Die Regierung erklärt immer nur, daß der Mosele- und Saarkanal nicht gebaut wird. Lange genug hat man Kanalisierung vernachlässigt. Die Tarifermäßigungen können nicht bestimmen, den Kampf um Mosele- und Saarkanalisierung einzustellen.

Abg. Dr. Wendlandt (nall.) begründet seinen Antrag, die Wasserbauverordnungen zu zentralisieren. Er befragt die Kanalisierung der Westa.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Abg. Hirsch (Nst.) beantragt, den Antrag Vorhardt und Genossen betreffend den Bauarbeiterzuschlag der Kommission für Handel und Gewerbe zu überweisen.

Der Ueberweisungsantrag wird abgelehnt, ebenso gegen die Sozialdemokraten und Reichstagsmitglieder der erste Teil des Antrags Vorhardt (gesetzlicher Bauarbeiterzuschlag, Baukontrollen aus der Arbeiterklasse) und gegen die Sozialdemokraten allein der zweite Teil (keine Bauarbeiten auf dem Lande vor Einbringung des Nachweises, daß ausreichende Bauarbeiterwohnungen vorhanden sind, Ausdehnung der Bauarbeiterzuschlagvorschriften auf das platte Land). Der Antrag Wendlandt wird ebenfalls abgelehnt.

Abgeordneter Dr. Liebknecht (Soz.): Im vorigen Jahre habe ich auf die außerordentlich schwierigen Verhältnisse, unter denen

Die kleinen Binnenschiffer

ihrem Erwerb nachzugehen haben, eingehend hingewiesen. Es wurde mir damals der Vorwurf gemacht, daß ich leichtfertig unbilligerweise Beamte des Schiffsregisteramtes bezichtigt hätte. Inzwischen ist mir von so vielen Seiten aus Schifferkreisen Zustimmung zu meinen Ausführungen zugegangen, daß ich gar keinen Zweifel habe, daß meine damaligen Erörterungen den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Der Abgeordnete Hirt zu Löwenthein hat in einer Schifferversammlung auch zugegeben müssen, daß meine Angaben im wesentlichen zuträfen. (Beih. hört! bei den Soz.) Hier im Hause hat er aber nicht Veranlassung genommen, sich auf meine Seite zu stellen. Die Klagen, die ich zu montieren hatte, sind noch immer nicht abgeklärt. Nach wie vor leiden die Schiffer unter einer ungeheuren Masse von Polizeiverordnungen und werden bei den geringsten Uebertretungen mit einer Fülle von Polizeistrafen belegt. Um die Ueberfreudung der Geschwindschiffe, auch wenn sie noch so klein ist, festzustellen, hat man ein kompliziertes Spionagensystem ausgearbeitet. Besonders charakteristisch ist ein Fall, mit dem ich gegenwärtig das Schiffsregisteramt Neustettin zu beschäftigen hat. Der Fall ist typisch. Der Schiffsregisteramt ist seit Jahr und Tag damit beschäftigt, für eine bestimmte Firma von Berlin nach Neu-Stettin Steine usw. zu verschicken. Seine Fahrtdauer beträgt nur etwa 1/2 Stunde. Seine Reisezeit 8 bis 14 Tage, je nachdem. Trotzdem verlangt die Polizei, daß er die beiden Leute, die er zu der halbtägigen Fahrt immer neu engagieren muß, jedesmal anmeldet. Die Polizeistrafen wegen dieser Bagatelldelicten sind schon auf 200 bis 300 Mark gestiegen. (Beih. hört! bei den Soz.) Weiter leiden die Schiffer außerordentlich unter der Erhöhung der Abgaben zum Beispiel der Schiffsabgaben in Spandau. Auch das Meldewesen der Schiffer soll für Berlin weiter verteuert werden. Herr von Wappenheim behauptete wieder einmal die Schiffahrtsabgaben seien von der Rechten nur gefordert, um den Mißstand zu beseitigen, daß einzelnen Erwerbszweigen aus allgemeinen Kosten besondere Vorteile erwachsen. Das ist zunächst gar nicht einmal der Fall. Erleichterungen des Verkehrs kommen stets der Allgemeinheit zugute. Außerdem ergibt ein einziger Blick auf die Geschichte der preussischen Kanalvorlage, daß der springende Punkt bei der Stellungnahme der Konservativen die Rücksicht darauf war... (Vizepräsident Dr. Vorseh) er sucht den Redner nicht zu sehr von dem Titel abzuschweifen, ich wollte nur darauf hinweisen, daß ausschließlich agrarische Interessen bei der Forderung der Schiffahrtsabgaben maßgebend gewesen sind, so daß also die Ausführungen des Herrn von

Wappenheim nicht ernst genommen werden können. (Zehr wahr! bei den Soz. - Lachen rechts.)

Besonders verhängnisvoll ist das Jahr 1911 für die Schiffer gewesen. Zu der Türe kam das

Zusammenbrechen des Oderwehrs an der Reiffenmündung.

das die Schiffahrt auf lange Zeit lahmlegte und im Anschluß daran der Schaden an der neuen Schleuse bei Fürstenberg. Die Sachverständigen erklärten, daß nur die völlige Unzureichlichkeit der Wasserbauarbeiten Schuld an diesen schweren Schädigungen der kleinen Schiffer trage. Die Kontrolle der Wehre ist eine durchaus monatelange. Ein Grund ist auch die ungehörige Art, in der diese Wasserbauten bisher in Submission vergeben worden sind. Die Schiffe sind zweifellos nicht genügend fundiert worden, wodurch eine Unterbrechung möglich wurde. Die nötigen Reparaturen hätten während der Dürre und im Winter erfolgen müssen. Die Regierung trägt die Verantwortung für diese Vorkommnisse und sie hat deshalb die Pflicht, den Schaden, der den kleinen Schiffen daraus entstanden ist und den sie selbst zu tragen nicht in der Lage sind, ihnen auf Heller und Pfennig zu ersetzen. (Zehr wahr! bei den Soz.) Wäre unsere Landwirtschaft von einem ähnlichen Unglück betroffen, so wäre längst eine Notstandsaktion größten Stils in Szene gesetzt worden. (Zehr wahr! bei den Soz.) Wenn die kleine Schiffahrt in dieser schweren Weise leidet, so war die Regierung und die großen Parteien dieses Hauses die Schuld daran, die die Lasten für die kleinen Schiffer zu sehr erhöht haben. (Murmur rechts. - Zuruf: Wahr! wahr!) Daher seien die kleinen Schiffer mehr und mehr zur Sozialdemokratie über. (Zehr wahr! bei den Soz.) Die Sozialdemokraten, die Schiffer für die Notwendigkeit einzustehen, sind angefallen. Es ist außerordentlich erfreulich, daß die Anwesenden sich jetzt zusammengeschlossen haben, um nach dem Recht zu streben, das der Mann zu kämpfen. Sie haben längst surrogieren, daß die wahren Ursachen schon erst die schwersten Lasten zu erlegen, um sich nicht als Opfer im Schicksal an zu erweisen. (Zehr wahr! bei den Soz.)

Die Schiffer erklären, daß die Notstandsunterstützungen, die eine notwendige Folge der unzureichenden Wasserbauten der Regierung sind, ohne Rücksicht auf die Staatszugehörigkeit der Wasschädigten verliehen. (Lachen rechts.) So weit hat die mit Ihnen Verantwortlichen gekommen? Nicht einmal! (Zehr wahr! bei den Soz.) Was würden Sie sagen, wenn solche schlechte Strombauarbeiten in Oesterreich deutsche Schiffer monatlang festlegen müßten? (Zehr wahr! bei den Soz.) Lachen rechts und Rufe: Wahr! wahr! - Abg. Hoffmann (Soz.): Ja, wenn Sie denn schon wieder wählen? (Lachen rechts.) Die Schiffseigenvertreter in Berlin in letzter Zeit hat anerkannt, daß nur die Sozialdemokratie ihre Interessen vertritt, so bei den Schiffahrtsabgaben, während die großen (nach rechts) vernachlässigen den kleinen Schiffer. Ich habe es nicht nötig, Wahlreden zu halten für die Schiffer in meinem Reichstagswahlkreis, denn die Rechten sind geschlossen hinter der Sozialdemokratie. (Beih. hört! bei den Soz.) Und so wird es überall kommen, nicht zuletzt auch Ihrer (nach rechts) volkseindlichen und verwerflichen „Mittelstands-vollst!“. (Bravo! bei den Soz. Abhaltende Urufe rechts. Rufe: Wahr! wahr!)

Abg. v. Alben (b. f. fr.) teilt für die Wünsche der Strommeister ein.

Ein Regierungskommissar: Ich muß die vom Abg. Liebknecht völlig zu Unrecht angegriffenen Behörden auf das Gütlichste in Schutz nehmen. Strom- und Schiffahrtspolizei unterliegen dem Handelsministerium, ich kann darauf nicht eingehen. Die Dezentralisation des Mittelstandes in Berlin macht dem Schiffer das Leben nicht schwerer, sondern leichter. Die Dezentralisation der Meldung und die telephonische Benachrichtigung der Empfänger ist ein kolossaler Vorteil für die Schiffer. Wären die Schleusen im Sommer repariert worden, so hätten die Schiffer doch viel größeren Schaden erlitten. Die Regierung hat die Abgaben wegen der Dürre aus eigener Initiative herabgesetzt. Die Abgaben auf der Oder haben den gewaltigen Aufschwung der Schiffahrt nicht gehindert. Der Staat verdient davon nicht, sondern nur der Schiffer. Der württembergische Minister v. Fischer hat nicht gesagt, daß Abgaben die Krachten verteuern zum Nachteil der Schiffer. Dies profitieren nur von der Verbesserung der Zerkwerf, Trinkgeldempfang wird streng bestraft, aber die Steuer und Mühseligkeit, daher ist es schwer, diese Fälle festzustellen. Die Angriffe des Abg. Liebknecht sind also absolut hinfällig. (Beifall rechts.)

Abg. Stroffer (son.): Abg. Liebknecht kann die besten Zwecke der Schiffer, die Konterpartien, gar nicht wußt und wild genug angreifen. Sie (zu den Soz.) sprechen von Gerechtigkeitsgefühl. Wärow hat es ja Ihnen gesagt: „Bist Du nicht mein Bruder sein, schlag' ich Dir den Schädel ein!“

Abg. Hoffmann: Bei Ihnen lohnt es sich nicht! (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Die Mehrheit des deutschen Volkes teilt unsere Gefühle für die Konterpartien. (Zehr wahr! bei den Soz.) Sie rühmen den Schifferfreund Fürsten Löwenthein, dessen Spezialaufgabe es ist, den Schiffen mit seinen Nebenband in die Arme zu streuen. Das Zentrum hat ja auch so ein paar Rechenmeister (Alta! rechts. Abg. Stroffer: Sie haben ja gar keine Arbeiter. Zuruf des Abg. Hoffmann) Präz. Dr. Weiberr v. Uffa: Aber Herr Hoffmann, unterbrechen Sie doch Herrn Dr. Liebknecht nicht! (Große Beifall.) Herr Stroffer, wiederholen Sie das verhängnisvolle Willkürwort noch einmal da oben, da wird es noch schöner! Draußen vor den kleinen Schiffern blüht die Löwenthein unseren Forderungen größtenteils zu, hier lehnen Sie sie ab. Sie wollen mit den Leuten draußen Honig um den Mund schmieren! Der Regierungsvorsteher hat erklärt, die alten Baumstämme, die die Schiffahrt erschweren, seien keine höhere Gewalt. Warum nimmt die Regierung keine regelmäßige Beschäftigungen der Wehre vor, sondern erit nach ihrem Zusammenbruch. Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wozu die Rechten? Wie war es möglich, daß die Schleuse bei Fürstenberg zusammenbrach? Und weshalb klärt die neue Schleuse wochenlang geschlossen; sie ist doch errichtet worden, weil die alte nicht genügt. 1. Ganzlich ist, wie der Kommissar unter dem Vorwand der drohenden Gefahr einiger Herren der Rechten sich lustig machen konnte über mein Verlangen, das Wehre an der Reiffenmündung während der Dürre, wo keine Schiffahrt möglich war, zu reparieren! Durch die Gebührenerhöhung in Spandau werden, wie der Regierungsvorsteher zugegeben hat, die größeren Schiffe stärker getroffen. Das sagt nur, daß die Regierung es auch noch schlechter hätte machen können. Der Aufschwung der Schiffahrt, trotz der Abgaben, beweist nur, daß unser Wirtschaftsleben ungeheuer kräftig ist, und daß die großen Firmen die Abgaben eher ertragen können. Aber, daß die kleinen Schiffer getroffen werden, hat der Regierungsvorsteher nicht einmal bestritten können. Das großkapitalistische Schiffseigentum greift oben immer mehr um sich. Herr v. Fischer hat im Reichstag mit ausgeführt, daß die Vorteile der Stromverbesserungen die Verteuerung der Schiffahrt durch die Abgaben weismachen werden. Aber diese Verbesserungen konnten auch ohne Abgaben vorgenommen werden, und daß Sie und die Regierung es nicht tun, beweist nur Ihre Verleumdung. Die Schiffer selbst urteilen ganz anders als Sie und die Regierung über Sie und über uns. Und nur darauf kommt es uns an, wie sich die Schiffer zu uns stellen. Wir sind überzeugt, daß im Kampf um die Seele der Schiffer wir die Sieger bleiben werden. (Bravo! bei den Soz.)

Ein Regierungskommissar: Der technische Referent der Strombauverwaltung gibt Aufklärungen über den Zusammenbruch des Wehrs, den Abg. Liebknecht besprochen hat. Von einem Versinken der Wehre könnte nicht gesprochen werden, auch der Bau der Anlage vor 21 Jahren war nicht anders möglich, wenn man nicht für besondere Vorarbeiten mehr Geld ausgeben wollte, als das ganze Wehre kostete. Die Schleuse bei Fürstenberg ist nicht zusammengebrochen, es handelt sich nur um die alljährlichen Reparaturarbeiten, die vielleicht größer als sonst gewesen sein können. Die Größe der Durchbruchstelle kann auch der Bequemlichkeit der Schiffer selbst geschuldet sein. Wenn wir gewußt hätten, daß die Türe 3 Monate dauern wird, hätten wir allerdings arbeiten können. Aber was wäre da für eine Aufregung, und mit Recht entstanden! (Bravo! rechts.)

Abg. Stroffer (son.): Natürlich, nur die lafferen sechs Sozialdemokraten sind in allem sachverständig, sonst niemand. Wo haben Sie denn, Herr Liebknecht, das große Verständnis her? (Zuruf der Soz.: Von den Schiffen!) Mit denen haben wir doch dieselben Beziehungen wie Sie! (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) - zur Geschäftsordnung - bedauert auf das allerhöchste das Verhalten der Mehrheit, die ihn nach den ausschließlich gegen ihn gerichteten scharfen Angriffen des Regierungskommissars und des Abg. Stroffer die Möglichkeit der Antwort nimmt und das ein deutliches Zeichen des bösen Gewissens sei. (Zehr richtig! b. d. Soz.)

Abg. Stroffer (son.): Wir haben uns auch gegen die maßlosen Angriffe des Abg. Liebknecht verteidigt. Wenn die Sozialdemokraten nicht bei jeder Gelegenheit das letzte Wort bekommen (Abg. Hoffmann (Soz.) ruf: Stroffer hat es ja!), wollen sie von Unrechtheit und Schuldgefühl der Mehrheit sprechen. (Zehr richtig! b. d. Soz.)

Montag 11 Uhr: Fortsetzung, Etat des Landtags, Zentralgenossenschaftskosten. Schluß 4 1/2 Uhr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. März.

\* Die Oswitzer Gemeindevertretung hielt am 8. März nach einer Pause von drei Monaten eine Sitzung ab. Von den Vertretern fehlte Herr Wölsch. Zunächst wurde ohne Aussprache laut § 2 des Ortsstatuts vom 31. Dezember 1908 eine Aufnahme zum Bauvertrag erteilt, weil die Besitzer die Bedingungen des § 2 (kostenloses Anlassen des Geländes zur Anlage einer Straße) durch Unterlegung zweier Kreditbriefe erfüllt hat. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete ein vom Anlaßvorsteher geheimer Antrag zur Klärung der Grundstücke 11 bis 14. Die Vertretung erteilte die Berechtigung des Antrages an und beauftragte den Vorsteher, einen Kostenanschlag einzufern und der Vertretung vorzulegen. Gleichzeitig wurde Herr Wölsch beauftragt, mit den Anliegern wegen einer Beihilfe zu den Klärungskosten in Verbindung zu treten. Der eben gegebene Anlaß wurde von der Ortsgemeinde hat dem Gemeindevorsteher zwei Schreiben zugesandt, worin er um die Erteilung einer modernen Leichenkarte ersucht wird. Die Vertretung war grundsätzlich damit einverstanden. Eine Kommission, die Herrn Stolle, Hoffmann, Döring, wurde beauftragt, mit Hilfe eines Sachverständigen zu ermitteln, ob eine Ausbesserung der alten oder die Erteilung einer neuen Karte geboten erscheint. Durch eine freiwillige Verfügung setzte der am 16. Dezember 1911 in London verlebte Rentier Paul Strund aus Breslau die Stadt zu seiner Universalerbin ein mit der Bestimmung, die Hälfte der Forderungen der Erbschaftssteuer von Ostlich zu übernehmen. Von dieser Summe soll nach dem Willen des Erblästers wiederum die Hälfte am 20. Dezember jeden Jahres an arme Witwen und Waisen ohne Unterschied der Konfession verteilt werden. Der andere Teil soll eintragend angelegt werden bis zu einer gewissen Höhe und dann wiederum der Stadt Breslau ausgehändigt werden. Die Vertretung machte von dem Angebot keinen Gebrauch, weil aus den Akten hervorgeht, daß der Testator drei Monate vor Ableitung des Testaments entmündigt worden ist. Der Wölsch sollte nach mit, daß in der Wölschfrage jetzt die ersten Schritte gehen werden sollen. Auf Veranlassung der Gemeindevorsteher des Gesundheitsamtes Berlin und Vertretern des Magistrats Breslau werden am 29. Februar 1912 die Wölschellen befragt und die Ausführung der Wölschen der Westpreussischen Volksgesellschaft übertragen. Die Arbeiten werden von einem württembergischen Baupolier geleitet und zwar nach Vertretung des Vorstehers sehr langsam.

\* Schon wieder ein Betrugschwindler. Ein gemeingefährlicher Betrugschwindler wurde am Sonntagabend von der hiesigen dritten Strafammer verurteilt. Der 33jährige Techniker Bruno Schneider aus Breslau lernte im Frühjahr 1911 in Leobfing, wo er um diese Zeit beschäftigt war, die Tochter eines Tischlermeisters kennen, der er die Ehe vorantrieb. Die Eltern des Mädchens, denen gegenüber Schneider sehr gewandt aufzutreten verstand, hatten auch gegen den Verkehr nicht eingewandt. Nach Ehe zur Verbindung kam, wandte sich Schneider an den künftigen Schwiegervater mit der Bitte um ein Darlehen von 200 Mark. Er erzählte, er brauche zur Anschaffung technischer Artikel 200 Mark, wovon ihm sein Vater nur 300 Mark geben könne. Das Geld wurde gegen Abzahlung durch Wertpapierwechsel bezahlt. Der Mann meinte, er bestünde die Bürgschaft und machte natürlich zum Schluß die ganze Summe bezahlen, weil sein „Schwiegersohn“ inzwischen von der Wölsche verschwunden ist. Schneider durfte täglich im Hause des Tischlermeisters verkehren und hatte Zutritt zu allen Räumen. Da sah er eines Tages, daß die Tochter eine größere Summe einer Nippfigur entnahm, um eine Zahlung zu leisten. In einem unbewachten Augenblicke durchsuchte er deshalb die Figur näher und entdeckte siebzig Mark, die noch darin waren. Seine nichtahnende Frau schenkte ihm nebenbei noch ohne Wissen der Eltern auf dringendes Bitten 20 Mark und überließ ihm, weil er eine Tauchermaschine nicht besaß, ihre silberne Uhr mit Reife zum vorläufigen Gebrauch. Diese Uhr verpfändete Schneider und verschwand dann ohne Abschied zu nehmen, nach Breslau. Hier mißete er sich unter einem falschen Namen bei einer Witwe ein, die zwei Töchter hatte. Er erzählte, er sei wegen seiner ersten Lieblichkeit außer Stellung gekommen, habe aber einen anderen Posten mit 150 Mark Monatsgehalt in Aussicht. Unter falschen Vorwänden ludte der Schwindler den beiden Töchtern seiner Logiswirtin mehrmals Geldbeträge ab und verschwand auch hier, ohne einen Pfennig für Logis und Verpflegung bezahlt zu haben. Schneider fand gar bald ein anderes Logis, wo auch ein heizungslustiges Mädchen wohnte. Mit diesem knüpfte er sofort ein „ernstes“ Liebesverhältnis an. Daß der Mann auch dieses Mädchen um Geld betrog und ihm noch obendrein Schmuckstücke stahl, die er versteckte, berichtet sich von selbst. Ja, er schenkte sich sogar nicht „etner „Brant“ Ohrreife zu geben, wenn sie ihr wegen der Liebeserzählung zur Rede stellte. Ferner hat Schneider noch zwei weitere arme Zimmervermieterinnen um das Logisgeld betrogen. Endlich am 17. Januar konnte der ungläublich dreieinhalb Schwindler in Untersuchungshaft genommen werden. Die Anklage lautete auf fortgesetzten Betrug, Unterschlagung, Diebstahl und Körperverletzung. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis, doch hielt das Gericht gegen den gemeingefährlichen Schwindler eine strengere Bestrafung für geboten. Schneider wurde zu einem Jahre und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

